

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich ein Mal und ist durch die Expeditionen, Neue Strassen 17, und durch Subskriptionen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 4.50, jährlich 8.00. Durch die Post bezogen 2.50, fremd durch Post 3.00, wo keine Post am Orte 3.24.

Inseratensätze: Bestellt für die ständige Koloniale oder deren Raum 30 Pf. Wöchentliche Inserate 40 Pf. Doppelzeile unter 10 Pf. Inzerate für Arbeitsmarkt 15 Pf. Inzerate für Verlagsmarkt 25 Pf. Vereins- u. Versammlungsinserate 15 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Mittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 92.

Breslau, Sonnabend, den 20. April 1912.

23. Jahrgang.

Die Erhöhung der Mannschaftslöhnung.

Was wird aus der angekündigten Erhöhung der Mannschaftslöhnung? Diese Frage, die Hunderttausende lebhaft interessiert, findet im Text der Wehrvorlagen eine höchst unzureichende Beantwortung.

Obwohl die Wehrvorlagen nach der Absicht der Regierung schon am 1. Oktober 1912 in Kraft treten sollen, ist in dem Ergänzungsetat für 1912, der dem Reichstag zugleich mit jenen Entwürfen zugegangen ist, noch kein Betrag für diesen Zweck eingestellt. Vielmehr wird auch noch für die zweite Hälfte des laufenden Etatsjahres die Mannschaftslöhnung mit nur 22 Pfg. pro Tag berechnet. Dieser die weiteren Absichten der Regierung sagenden Vorlagen selbst nichts. In der Begründung des Gesetzentwurfs über die Friedenspräsenzstärke des Heeres dagegen heißt es:

Aus Anlage 2 ist der voraussichtliche Geldmehrabbedarf für die Jahre 1912 bis 1919 zu ersehen. Er vergrößert sich vom Jahre 1913 ab aus Anlaß der Erhöhung der Mannschaftslöhnung noch um jährlich rund 15 Millionen Mark.

Das ist alles, was man über die Erhöhung der Mannschaftslöhnung erfährt. Für 1912 nichts, für 1913 und die folgenden Jahre ein vages Versprechen ohne gesetzliche Bindung!

Man braucht nicht besonders mißtrauisch zu sein, um dieses Verfahren der Regierung einigermaßen auffällig zu finden. Daß die Erhöhung der Löhnung nicht gesetzlich ein für alle Mal festgelegt wird, entspricht allerdings dem Gebräuchlichen, die Festsetzung der zur Löhnung nötigen Gesamtsomme erfolgt alljährlich besonders durch die Verabschiedung des Reichshaushaltsgesetzes. Rechtlich ist also der Reichstag in der Lage, ohne Aenderung eines bestehenden Gesetzes die Löhnung in jedem Jahre heraufsetzen oder auch erniedrigen zu können, praktisch besteht freilich eine Möglichkeit, die Löhnung herabzusetzen nicht, denn vor einem derartigen Schritt würden Reichstag und Regierung denn doch ein leises Grauen empfinden.

Warum ist nun die Erhöhung der Mannschaftslöhnung im Ergänzungsetat für 1912 noch nicht vorgesehen? Die Verschönerung dieser Maßnahme auf den nächstjährigen Etat bedeutet eine Ersparnis von kaum 7 Millionen, einen im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Vorlagen gewiß bescheidenen Betrag. Daß die Regierung vor der Verabschiedung dieses Betrages zurücksteht, ist wenig wahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, daß sie die Bindung vermeiden will, die zwar nicht rechtlich aber praktisch durch die sofortige Erhöhung der Löhnung eintritt. Ist die Löhnung für das zweite Halbjahr 1912 erhöht, dann bleibt es bei dieser Erhöhung auch in den kommenden Jahren, dann gibt es kein Zurück.

Die Regierung will sich aber offenbar den Rückzug freihalten, sie will die Möglichkeit haben, die Soldeerhöhung, wie sie es bisher getan hat, auch in den nächsten Jahren mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Reiches immer wieder hinauszuschieben. Deshalb will sie die Wehrvorlagen erst mal in Kraft treten lassen, ohne gleichzeitig mit der versprochenen Soldeerhöhung vorzugehen, deshalb vermeidet sie es ängstlich, auch nur in der Begründung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke das — an sich unverbindliche — Versprechen abzugeben: Ab 1. April 1913 wird die Mannschaftslöhnung um fünf Pfennige pro Tag erhöht. Sondern sie begnügt sich damit in Aussicht zu stellen, daß der Militäretat ab 1913 infolge einer Erhöhung der Mannschaftslöhnung jährlich rund 15 Millionen Mark mehr erfordern wird.

Auf Grund dieses „runden“ Betrages läßt sich auch gänzlich mit Sicherheit feststellen, wieviel die Erhöhung der Mannschaftslöhnung nun eigentlich pro Tag und Mann betragen würde. Vorausgesetzt, daß nicht etwa für Gefreite, Musiker u. s. w. besondere Erhöhungen vorgesehen sind, durch die sich die für die Gemeinen zur Verfügung stehende Summe erniedrigen würde, kommt man durch eine ungefähre Berechnung dazu, die Soldeerhöhung mit 8 Pfg. pro Tag anzunehmen, 2 Pfg. weniger, als von den Sozialdemokraten gefordert worden ist. Doch würde dieser Betrag den Beschlüssen des Reichstags und halbamtlichen Ankündigungen entsprechen.

Natürlich besteht aber die Möglichkeit, daß die „runden“ 15 Millionen noch unten abgerundet und die Soldeerhöhung entsprechend niedriger angelegt wird, ebenso wohl, wie die schon erwähnte Möglichkeit, daß man die geplante Maßnahme abermals hinausschiebt und es wie bisher beim bloßen Versprechen bewenden läßt. Denn die Begründung eines Gesetzentwurfes ist ein Blatt Papier, das zu nichts verpflichtet, über das kein Beschluß gefaßt wird und das morgen schon wieder vergessen sein kann.

Es ist die Pflicht des Reichstags, zugleich mit der Verabschiedung der Militärvorlagen, den Mannschaften die längst fällige einigermaßen ausreichende Erhöhung der Löhnung nicht bloß in unbestimmter Aussicht zu stellen, sondern auch wirklich zu gewähren. Es muß daher entweder in dies Gesetz über die Friedenspräsenzstärke selbst

eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Löhnung statt bisher 22 in Zukunft 32 Pfennige zu betragen hat, oder — und das ist vielleicht noch richtiger — es muß schon in den Ergänzungsetat ein entsprechender Betrag für das zweite Halbjahr 1912 eingesetzt werden.

Wenn die Regierung die ehrliche Absicht hat, ihr in der Begründung der Heeresvorlage gegebenes Versprechen zu erfüllen, dann besteht für sie kein Grund, einem solchen Vorgehen des Reichstags irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen.

Bis Pfingsten alles fertig?

Es bestätigt sich, daß Herr v. Bethmann-Hollweg dem Reichstagspräsidium das Ansuchen gestellt hat, die Wehrvorlagen nebst abgeändertem Etat bis spätestens Pfingsten fertigstellen zu lassen. Dann soll die Session geschlossen werden. Die Zumutung des Reichskanzlers an den Reichstag ist umso stärker, als sich die Reichsämter mit der Ausarbeitung der Vorlagen reichlich Zeit gelassen und die Arbeiten des Reichstags dadurch in die größte Verwirrung gebracht haben. War schon der Etat für 1912 verspätet eingebracht, so erscheint er jetzt, nach Einbringung der Wehrvorlagen, wieder völlig verändert. Die parlamentarische Geschichte kennt kaum einen ähnlichen Fall gesetzgeberischer Schleubertwirtschaft: ein Etat wird dem Parlament zur Beratung vorgelegt, während aber das Parlament diesen Etat berät, ist er faktisch schon wieder unbrauchbar und falsch geworden und erscheint — mitten in der Beratung über den ersten Entwurf! — in neuer verschönerter Auflage! Und dieser Stümperarbeit soll der Reichstag innerhalb eines von der Regierung gestellten möglichst knapp angelegten Termins seine Zustimmung erteilen?

Es hätte der Würde des Reichstags entsprochen, wenn sein Präsidium dem Reichskanzler erklärt hätte, der Reichstag könne die von der Regierung in Verwirrung gebrachte Sachlage zunächst noch garnicht übersehen und sei nicht in der Lage, irgendwelche Vorschriften der Regierung bezüglich seiner Geschäftsführung entgegenzunehmen.

Der billige Nordostseekanal.

In ihrer Deckungsvorlage hat die Regierung zum allgemeinen Erstaunen für das nächste Jahr auch eine Ersparnis von 10 Millionen Mark beim Bau des Nordostseekanals herausgerechnet. Dieses sozusagen gefundene Geld sollte natürlich zu Nutzen und Ehre des Militarismus in anderer Weise kleingemacht werden. Von der „Natib. Korresp.“ angegriffen, verteidigt sich jetzt die Regierung in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ gegen den Vorwurf, sie habe „den Bau des Nordostseekanals einfach um diese 10 Millionen verlangsamt“. Sie erklärt:

Die Summe ist für die Bauzeit des nächsten Etatsjahres innerhalb nicht erforderlich, weil einmal infolge der ungünstigen Witterung die Erdarbeiten nicht so weit fortgeschritten sind, wie bei der Aufstellung des Etats in Aussicht genommen wurde, und weil zweitens die Festlegung der Trasse für die Bahnüberführung bei Hochboom sich verzögert hat.

Das ist eher eine Selbstanklage als eine Entschuldigung. Denn bekanntlich wird ein Bau durch Verlangsamung der Bauzeit, und um die handelt es sich doch, nicht billiger, sondern teurer. Zwar kann dadurch ein festgesetzter Betrag für den Augenblick verfügbar werden, hinterher muß man ihn aber doppelt zulegen.

Der Nordostseekanal kostet mehr als vorausgesehen wurde, infolge dessen haben wir mehr Geld für Herr und Flotte. Das ist die Logik der Regierung.

Politische Uebersicht.

Dallwitz, Hertling, Jörn von Dulaß oder die bedrohte Reichseinheit.

Gewissen reichstreuen Patrioten sind die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Preußen und Bayern über die Auslegung des Jesuitengesetzes bestehen, schon als ein sehr bedenkliches Zeichen mangelnder innerer Festigkeit des Reichsgebäudes vorgekommen. Norden und Süden scheinen ihnen auseinanderzustreben und sie rufen nach dem neuen Bismarck, der mit fester Hand die Teile wieder zusammenfügen soll. Wie mag das Gemüt dieser Vaterlandsfreunde nun erst erschüttert werden, wenn sie sehen, wie in einer anderen, auch von ihnen sicherlich für weit wichtiger gehaltenen Frage, die einzelnen Bundesstaaten verschiedene Wege gehen. Wenn man sich über die Behandlung der Jesuiten nicht einig werden kann, und wenn Bayern es wagen darf, eine der preussischen direkt zuwiderlaufende Auffassung von der „Ordenstätigkeit“ zu haben, so ist das schlimm, wenn aber zwischen den einzelnen Regierungen kein Einvernehmen über die Behandlung der Sozialdemokratie zu erzielen ist, und wenn hier nicht nur in München, sondern nun auch in Straßburg ganz andere und noch dazu mildere Methoden gelten als in Berlin, dann bedeutet das einfach das Ende des Reiches.

Eben erst ist durch den Prozeß des Genossen Otonsky das Urteil in Erinnerung gebracht worden, das der preu-

ßische Vollzeimitier über die Beamten gefällt hat, die es wagen, einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben (Lügner, Heuchler und Eibbrecher sind sie nach der Meinung des Herrn v. Dallwitz), da steht in der Kammer der bayerischen Lords ein leibhaftiger Graf und Verwandter des Königshauses auf, und erklärt, daß in Süddeutschland die Kluff, die Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten trenne, weit weniger tief sei, als im Norden und er greift die Regierung an, weil sie die sozialdemokratischen Arbeiterverbände schlechter behandle als christliche Organisationen. Der Ministerpräsident will sich zwar nicht zu dem müllischen Auffassung des Grafen Erding befehlen, aber er ist doch auch weit davon entfernt, in dem Gedanken des Herrn v. Dallwitz zu verfallen. Ueber den Gebrauch, den die Beamten von ihrem Wahlrecht machen, sagt er garnichts und stellt nur fest, daß seiner Meinung nach, „kein überzeugter Anhänger der Sozialdemokratie ein staatliches Amt übertragen erhalten kann“.

Diese Meinung ist noch immer rückständig genug und steht im übrigen auch im Widerspruch mit der Verfassung, doch gegen Dallwitz ist Hertling, der außerdem auch noch schwört, die Regierung wolle alle staatlichen A r b e i t e r g l e i c h behandeln, und garnicht erst auf ihre politische Bestimmung prüfen, ein radikaler Fortschrittlermann. Und nun gar erst der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, der Freiherr Jörn v. Dulaß. Der ist an dem Maßstab Dallwitzens gemessen, einfach ein Revolutionär, denn er stellt sich auf den Standpunkt, jeder Beamte könne seiner Ueberzeugung nach wählen, ob diese nun liberal, Merkmal oder sozialdemokratisch sei, und er hat außerdem Verständnis dafür, wenn eine Partei mit den roten zusammengeht oder eine Regierung mit ihr politische Geschäfte macht.

Ein Minister, der die Sozialdemokratie so halbwegs als eine gleichberechtigte Partei ansieht und die Ueberzeugung der Beamten respektiert! — Das Entsetzen der norddeutschen Staatsräthen ist begreiflich.

Wir können uns nicht denken, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, daß der Staatssekretär sich so ausgesprochen haben sollte. Gewiß ist keine Regierung in der Lage, bei dem gleichen Wahlrecht zu stehen, daß die Beamten sozialdemokratisch wählen. Die Regierung kann es auch von sich weisen, danach zu forschen, wie die Beamten gewählt haben. Wenn aber nachgemessen ist, daß Beamte sozialdemokratisch gewählt oder sich sonst betätigt haben, so ist im Beamtenkörper für sie kein Platz mehr. Die Worte des Staatssekretärs waren mindestens recht unklar und mißverständlich.

Die „Post“ ist noch entrüsteter: Mit politischer Programmslosigkeit und mit einem berartigen Mangel an Erkenntnis dessen, was einer Regierung erlaubt ist, und was nicht, sind gerade die Reichsländer nicht zu regieren. Auch was der Staatssekretär über die Wahlfreiheit oder Ueberzeugungsfreiheit der Beamten sagt, zeugt von einem so großen Mangel an Urkenntnis all der guten Beamtentraditionen, durch die Preußen und Deutschland groß geworden sind, daß das Wirken dieses Mannes nachgerade unheimlich zu werden beginnt.

Was nun? Da bemüht sich Bethmann-Hollweg im Schweiße seines Angesichts in Berlin eine homogene Regierung zu schaffen, und wenn er glaubt, endlich am Ziel zu sein, dann fangen die Bundesregierungen an ihre eigenen Wege zu gehen. Wird der Reichskanzler sich jetzt vielleicht zu der Ueberzeugung durchringen, daß die Einheit des Reiches durch nichts mehr gefährdet ist, als durch die preussische Dallwitzerei?

Justiz.

Die Erörterung über das Justizwesen nahm am Donnerstag im Reichstag ihren Fortgang und wird wohl morgen zu Ende geführt werden. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde zunächst die nationalliberale Interpellation über den bayerischen Jesuitenerlaß auf unbestimmte Zeit verschoben, nachdem Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt hatte, der Reichskanzler werde sich über den Tag der Debatte mit dem Präsidenten verständigen. Die Prüfung der Wahl des Nationalliberalen Dr. Becker führt zu Beweisverhandlungen, denen das Haus zustimmt.

In der Justizdebatte kommen Redner aller bürgerlichen Parteien zum Wort.

Damit nun ja auf keinen Fall die Anklage zu Recht bestünde, gab sich der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Isaco alle Mühe, die einzelnen Fälle, die Stadthagen tags zuvor aufgeführt hatte, zu zerlegen und seine Darstellung zu verwirren. Aber die ganze Mühsal war recht wirkungslos. Das empfand wohl auch späterhin der Reichs-parteiler Hertling, als er sich mit der falschen Hoffnung tröstete, die Fälle seien aus einer langen Zeit gesammelt worden. Im übrigen kündigte der Staatssekretär eine große Zahl kleinerer Novellen an, die teils im Zustand der Vorbereitung, teils der Erwägung, teils der Bearbeitung usw. sich befinden. Am Freitag spricht zuerst Genosse Dr. Cohn.

Eine unglaubliche Geschichte.

In dem Dorfe Wichhausen (Regierungsbezirk Erfurt) ist die Revolution ausgebrochen.

Als unlängst die Separationskommission aus Schleusingen erschien, um die Gemeinheitssteilung in der Dorfgemeinschaft vorzunehmen, wurden, wie gemeldet wird, sofort die Sturmp-

aloden geläutet, die Männer eilen von den Arbeitsstätten auf die Wälder, wo die Frauen und Kinder bereits dicke Ketten gebildet hatten. Die Separationskommission konnte, trotzdem ihr ein Gendarm zur Seite stand, nichts ausrichten. Dichte Reihen verhin derten das Vordringen der Felder, und so mußte die Kommission wieder abziehen. Als nach zwei Tagen die Separationskommission mit drei Gendarmen zurückkehrte, wurden abermals die Sturmglocken geläutet. Diesmal waren es in erster Linie die Frauen, die zum Schutz ihrer Wälder auf die zu separierenden Felder hinauseilten, und wiederum durch drohende Pötte wurde es erreicht, daß die Kommission trotz der zur Seite stehenden Gendarmen die Separationsarbeiten nicht ausführen konnte.

Der Leser nimmt nun an, daß aus Erfurt und anderen benachbarten Garnisonstädten Militär in das Infratruochbiet abgegangen sei, und daß sich vor der zuständigen Strafkammer bereits die Wächthausener wegen Landfriedensbruchs zu verantworten hätten. Aber weit gefehlt. In dem Bericht heißt es weiter:

Nun hat sich der Landrat selbst ins Mittel gelegt, sich offenbar von der Gerechtigkeit der Sache der Einwohner überzeugt und versprochen, sich bei der Staatsregierung zu verwenden, damit die Separation unterbleibe.

Nein, das Dorf Wächthausen kann unmöglich in Preußen liegen oder seine Bewohner müssen bei den letzten Wahlen eine glänzende Probe ihrer guten, staatsrechtlichen Gesinnung abgelegt haben.

„Schnellschuß“. Mehr und mehr tritt zu Tage, wie eifertig die Reichsregierung die Gesetzesvorlagen hergestelt hat, ohne die Art der Kostendeckung überzeugend darlegen zu können. Und ebenso leichtfertig soll nun der Reichstag diese Vorlagen, die eine so schwere Belastung des deutschen Volkes bringen, schlucken. Nunmehr werden verschämt die „Grundzüge der Reichsfinanzgebarung für die nächsten fünf Jahre“ in eine bisweilen offiziöse Korrespondenz lanziert. Ein schuldigen wird einseitig bemerkt:

„Die Aufstellung des Etatentwurfs für 1912 erfolgte bekanntlich zu einem Zeitpunkte, in dem das Rechnungsjahr kaum zur Hälfte abgelaufen war; andererseits ist noch niemals ein Reichsetat zu einem so späten Termin fertiggestellt worden, wie es in diesem Jahre zu erwarten ist. Die sich hieraus ergebende Spannung erklärt es, wenn jetzt, wo das finanzielle Ergebnis des Jahres 1911 nahezu vollkommen vorliegt, eine Aenderung der ursprünglichen Einnahmeschätzungen als zulässig erscheint.“

Dann wird näher ausgeführt, daß die Zölle im Rechnungsjahre 1911 gegenüber dem Vorschlag für 1912, der „nach den der Finanzverwaltung feststehenden Grundsätzen aufgestellt war“, einen Mehrertrag von rund 100 Millionen gebracht haben. Die Post bringe ferner 14,7 Millionen mehr. Auch seien die nötigen Zinsen für eine neue Anleihe in Höhe von 310 Millionen Mark berücksichtigt worden usw. Mit Recht bemerkt hierzu die „Berl. Volksztg.“:

„In den Annalen des deutschen Reiches ist es noch nicht dagewesen, daß sich der Bundesrat innerhalb weniger Wochen derartig besonnen hat, wie das bei dem soeben eingebrachten Ergänzungsetat der Fall ist. Noch im Februar, ja noch im März, wurde förmlich verkündet, daß die Etatvoranschläge mit größter Sorgfalt aufgestellt seien. Der Reichschatzsekretär wies eingehend nach, daß es absolut unzulässig sei, die Einnahmehöhen aus den Zöllen, Verbrauchssteuern und Gebühren höher als veranschlagt in Ansatz zu bringen. Und tatsächlich vermochte damals nicht einmal das Zentrum hier andere positive Vorschläge zu machen. Jetzt aber, wenige Wochen später, verlangt derselbe Bundesrat, der Reichstag solle glauben, die Regierung habe im März so wenig gerechnet können, daß sie die Einnahmen um 45 Millionen Mark zu niedrig veranschlagt hätten! Wem soll nun der Reichstag glauben, dem Bundesrat vom Februar, oder dem Bundesrat vom April? Herrn Wermuth, oder Herrn Kühn?“

Welchen Glauben darf man in Zukunft den Darlegungen der Reichsregierung und des Bundesrates noch heimeffen? Die Vertreter der Mehrheit des deutschen Volkes, die sozialdemokratischen Abgeordneten, werden mit einer solchen Regierung gründlich abrechnen.

Der Bogt von Eyll.

Erzählung von Theodor Rügge.

37)

So wurde König Friedrich alt, er war jetzt sechzig Jahre alt geworden, aber der Friede hatte doch einige Milderung der bösen Zeiten mitgebracht. Handel und Verkehr hatten sich gehoben, man fühlte die harten Maßnahmen, die Finanzminister nicht allzu sehr, durch welche die Finanzen wieder gebessert wurden, und wenigstens in Kopenhagen war man lustig und guter Dinge.

Der alte König mit dem grämlichen Gesicht und der polternden Stimme war mit Generalitäten in guten und bösen Tagen eng verbunden, und neben ihm stand, Hoffnung bietend, ein prächtiger Kronprinz, der dem ersten Prinzen der Kopenhagener Hofgesellschaft zählte. — Der alte König aber konnte niemand ansetzen, ohne allerlei zu denken, was zum Herzen sprach, und so ging es jetzt auch voran, als er wenig Schritte vor sich wand.

Es fiel ihm ein, was man sich erzählt, daß dieser grantharige Mann unendlichen hässlichen Gram erduldet hatte, und welche Stürme und Sorgen sein ganzes Leben über ihn hinweggetragen. Er hatte sein eigenes Haus nicht vor dem Tritt des Reichers schützen können; alle seine Söhne waren auf felsame Weise gestorben. Es gab schmerzliche Gerüchte, wie dies geschehen sei und wie die Hand dabei im Spiele gehabt; Verbrechen der grauenvollsten Art, die niemand zu erschließen wagte.

Wohlwardte sich der König zu ihm hin, betradete die Sorgen mit seinen anstehenden Blicken und tat dann einen Schritt auf ihn zu.

„Wer sind Sie?“ fragte er.

„Mein Name ist Lorenz“, erwiderte jener. „Herr Lorenz“, sagte der König, „erwiderte jener, welcher seit einiger Zeit in der deutschen Kammer arbeitet, und den ich als Reichsrat habe beauftragt.“

„Ich habe von Ihnen gehört“, sprach der König, „und was Sie gesehen, das mir wohlgefallen hat. Sie sind ein Priester aus Eyll?“

„Ja, Majestät.“

„Der Vater ist ein moderner Mann, ich denke, der Sohn ist ihm nicht nach. Was haben Sie da?“

„Ein Buch deutscher Geschichte.“

„Nennen Sie mir die?“ fragte der König in seiner rauhen, kühlen Art. „Sie haben Phantasie, wie ich glaube. Nennen Sie mir die Geschichte, die nicht im Staatsdienst, sie verbindet die alte junge Seite.“

„Ja.“

Künftige Präsenzstärke des deutschen Heeres. Nach der neuen Wehrvorlage wird die Präsenzstärke des deutschen Heeres vom 1. Oktober 1912 ab folgende sein: 418 Generale, 695 Regimentskommandeure, 2659 Stabsoffiziere, 7109 Hauptleute und Rittmeister, 16.161 Leutnants, 2367 Sanitäts-Offiziere, 810 Veterinäre, 1154 Zahlmeister, 1078 Waffenmeister, 92.347 Unteroffiziere, 531.004 Gemeine und 126.480 Dienstpferde; dazu kommen noch 117 Charaktere, die für besondere Sonderaufgaben eingestellt sind. Die Gesamtstärke der Landarmee beträgt dann also 655.914 Mann.

Aus der Wahlprüfungskommission. Am Donnerstag erklärte die Kommission die Mandate der Zentrumsabgeordneten Viktor-Frizer, Ungernmünster-Trautwein und Dr. Weiser-Sigmund für gültig. Selbst wenn die Richtigkeit der erhobenen Einwände erwiesen wäre, würde die Mehrheit der Gewählten nicht erschüttert worden sein.

Abtge, die aufs Gefech spielen. Dienstag früh fand auf dem Exerzierplatz in Halberstadt ein Duell zwischen dem Oberleutnant von Buttkamer, kommandiert als Adjutant zum Regimentskommando Altherleben, und dem Leutnant von Perzinger vom Infanterie-Regiment Nr. 27 in Halberstadt statt. Leutnant von Perzinger erhielt einen tödlichen Schuß in den Unterleib.

Der braunschweigische Landtag begann am Donnerstag mit der Beratung der Wahlreform. Staatsminister Hartwig empfahl die Regierungsvorlage, die einen Fortschritt gegen das jetzige indirekte Wahlrecht bedeute. Die Beratung wird heftige Kämpfe zeitigen.

Die berühmte Einstimmigkeit des Bundesrats. Der Schwab. Merkur teilt mit: „Die württembergische Regierung hat im Bundesrat gegen den Entwurf zur Aufhebung der Liebesgabe gestimmt, da den württembergischen Brennern keine genügende Sicherheit geboten sei.“

Reichs-Wohnungs-Kommission. Der Regierungsvertreter Lewald gab in der Wohnungs-Kommission des Reichstages am Donnerstag die Erklärung ab, der Bundesrat sei sich in der Wohnungsfrage noch nicht schlüssig; Erklärungen darüber, ob die Regierung in der Lage sei, Beschließen der Kommission Rechnung zu tragen, könne er nicht geben. In der nun folgenden Diskussion betonte der Abg. Jaeger, die Regierung habe bisher den Standpunkt eingenommen, die Regelung der Wohnungsfrage sei Sache der Einzelstaaten. Diesen Standpunkt bekämpfte Redner als falsch; der reichsgesetzliche Wohnungsschutz sei eine Notwendigkeit. Abg. Göhre kennzeichnete die Erklärung des Regierungsvertreters als sehr dürftig; nachdem in der Sache selbst alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen und der Fortschrittler einig sind. Die weiteren Verhandlungen wurden einer Subkommission überwiesen.

Die Rechte der Sozialdemokraten in Mecklenburg. Das großherzogliche Gesamtministerium zu Schwerin hat auf die gegen den Beschluß des Rates der Stadt Wismar gerichtete Beschwerde des Bürgerausschusses von Wismar entschieden, daß der Rat nicht verpflichtet sei, den vom Bürgerausschuss in den Gewerkschaftsvorstand gewählten Löwenmeister Reinke in sein Amt einzuführen, weil Reinke Sozialdemokrat ist.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Stuttgart? Seit Jahren schon drängen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Stuttgart auf die Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung. Nurmehr ist vom Stadtschultheißenamt eine Denkschrift über gemeindliche Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet worden, in der von Referenten die Einführung des Wiener Systems, wie es auch in Stralburg zur Einführung gelangt ist, unter Hinweis auf die Sparvereine empfohlen wird. Ein Betrag von jährlich 10.000 Mark wird als zunächst ausreichend erachtet. Die Unterstützung soll in Form von Zuschüssen an Berufsvereine gewährt werden. Zu der Unterstützung der Berufstätigen soll ein Zuschuß von 50 Prozent, jedoch höchstens 1 Mark pro Tag, gewährt werden. Die Arbeitslosigkeit muß aber unverzüglich sein, der Empfänger muß mindestens ein Jahr in Stuttgart wohnen. Der Zuschuß erbit mit dem Aufhören der Unterstützung des Berufsvereins oder sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitslosentum nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Auswärtige Arbeit muß von Ledigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die keiner Gewerkschaft anstehenden invalidenversicherungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen können ein Sparquartum bei der städtischen Sparkasse bis höchstens 80 Mk. anlegen und erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit von den Abhebungen 50 Prozent Zuschuß, jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag.

„Herr Lorenz ist unschuldig, Majestät“ begann die Prinzessin, als der König sprach. „Es geht hier einen Westfälischen zwischen deutschen und holländischen Dichtern. Ich ersuchte Herrn Lorenz, ein deutsches Gedicht zu lesen, da Fräulein Hammerstein es übernommen hat, für Dänemark in den Streit zu gehen.“

Der König sah zu Lina hin, welche neben ihrem Vater stand und sich tief verneigte. „Es scheint also, daß Sie keine große Anhänglichkeit für Deutschland besitzen, Baroness Hammerstein?“

„Wenigstens niemals so viele, Majestät, um je zu verlangen, daß ich holländisch denke und empfinde.“

„Eine goldene Lehre!“ rief der König, indem er die Prinzessin ansah. „Deutsche Sympathien haben keinen Raum in Dänemark, man muß dänisch denken und empfinden. Ich zweifle nicht daran, Sie werden unter allen Umständen Dänin sein.“

„Gewiß, Majestät, ich glaube, es behaupten zu können.“

Der König nickte dem schönen Fräulein zu. „Aber der Wahrheit die Ehre“, sagte er. „Lesen Sie, ich werde zuhören. Was haben Sie da?“ Er deutete auf ein weißes Blättchen, das Lina aus ihrem Notizbuche genommen hatte.

„Es ist ein Gedicht, Majestät.“

„Von wem?“ fragte der König. „Von Delensklager?“

„Ich glaube“, erwiderte sie mit einem übermütigen Blick auf Lorenz, „daß wir unsere Helden hier nicht nötig haben. Es ist dies ein kleines Gedicht von einem unbekanntem Verfasser. Ich fand es jüngst unter Papieren nach bewachte es auf. Mit Einem Majestät Erlaubnis werde ich diesen Versuch poetischer und jünger Gedanken den richterlichen Ausspruch unterwerfen, obwohl es mir schwer werden wird, die Verse mit dem Feuer der Begeisterung zu sprechen, die den Verfasser befehl haben muß, als er sie schrieb.“

„Lesen Sie“, sagte der König lächelnd.

Schallhaft suchten ihre Augen nach Baldemar, der hinter dem Stuhle der Prinzessin stand und sich bemühte, seinen Unwillen zu verbergen. Lorenz zwischte nicht, daß Lina das Gedicht ihres verlebten Vaters in der Hand hatte, und bei den ersten Zeilen mußte er es gewiß. Er fand es unredlich und fast, je zu denken, wie sie es tat; aber die Unerbittlichkeit der gewählten Bilder und Worte und die Ueberzeugungskraft des Pathos, mit welchem sie es vortrug, reizten ihn zu einem Tadel, das dem Kammerjunker nicht entging. Dieser schlen zu hören, daß Lorenz das Gedicht kannte, daß er es gelesen hatte, daß ein Ewerhändnis hier stattfand, um ihn aus dem Hause zu werfen. Eine Gölle von Hof sprachte aus dem langen Tadel, den er auf den übermütigen Ewerhändler warf; seine Lippen zitterten, seine Augen traten über den Kreis der Suppen

und als er des Königs ernsthaftes Gesicht lachen sah und alle die anderen Gesichter voller Aufmerksamkeit über den kommenden Vortrag, bis endlich ein allgemeines Gelächter den Schluss begleitete, hätte er Lina erlösen mögen, während er pflichtmäßig mit Lächeln und Beifall nachginge.

„Gut vorgetragen“, rief der König, „Sie wissen der Herrlichkeit Sumar zu geben, Baroness Hammerstein. Wenn der plattförmige Würde zugehen wäre, der diesen Unstimm auf Papier brachte, er würde wenigstens eingesehen müssen, daß Sie alles taten, um ihn erträglich zu machen. Aber mit dieser Poesie retten Sie den Sieg nicht. Wählen Sie etwas, das würdiger ist, ihn anzusehen.“

„Ich ziehe es vor, Majestät“, erwiderte Lina, „erst zu hören, was von der anderen Seite gegeben wird, und glaube kaum, daß es Besseres sein wird.“

Der König bildete Lorenz an der in dem Buche blätterte, und jetzt mit seiner vollen, klingenden Stimme zu lesen begann. Es waren die Parzelle von Seine. Er las sie mit inlängiger Freude an dem Jauber dieser reizenden Jüde, deren geheimnisvolle Süße tief in sein eigenes Herz griff. Kein Laut unterdrückte ihn, man hörte aufmerksam und ernsthaft zu. Der alte König neigte sein Ohr, ein wohlgefälliges, milde Lächeln besangte seine Zufriedenheit.

„Lesen Sie weiter“, sagte er, als das erste Lied beendet war, und Lorenz las die drei Gedichte, während der König ihn betrachtete und genau anfas, als er den letzten Vers mit erhöhter Stimme und einem Feuer vortrug, das Aufmerksamkeit erregen konnte.

„Aber ich, ich hab' erworben Dich und alles, Schloß und Land, Wäulen und Trompeten huld'gen Meiner jungen Herrlichkeit.“

„Schön!“ rief der König; —phantastisch und reizend geträumt. Das ist ein Lied für ehreliche und glänzende Herzen. Was sagen Sie dazu, Baroness Hammerstein, sind Sie besesselt von dieser heißen Bilderpracht?“

„Nicht so leicht, Majestät“, erwiderte Lina. „Ich gebe nicht viel auf solche schwärmerischen Träumereien.“

„Was kann ein Dichter weiter tun“, fiel der König ein. „Er bewegt die Herzen, er rührt und ergreift. Herr Lorenz da sah aus, als habe er wirklich die Prinzessin erworben und Schloß und Lande dazu. Aber lesen Sie noch ein Lied, wir können noch etwas hören.“

Lorenz nahm das Buch wieder auf. Er las die Hse und wieder kam ein tiefes Gefühl ihn an, das er nicht verbergen konnte.

„Herr Lorenz ist unschuldig, Majestät“ begann die Prinzessin, als der König sprach. „Es geht hier einen Westfälischen zwischen deutschen und holländischen Dichtern. Ich ersuchte Herrn Lorenz, ein deutsches Gedicht zu lesen, da Fräulein Hammerstein es übernommen hat, für Dänemark in den Streit zu gehen.“

Der König sah zu Lina hin, welche neben ihrem Vater stand und sich tief verneigte. „Es scheint also, daß Sie keine große Anhänglichkeit für Deutschland besitzen, Baroness Hammerstein?“

„Wenigstens niemals so viele, Majestät, um je zu verlangen, daß ich holländisch denke und empfinde.“

„Eine goldene Lehre!“ rief der König, indem er die Prinzessin ansah. „Deutsche Sympathien haben keinen Raum in Dänemark, man muß dänisch denken und empfinden. Ich zweifle nicht daran, Sie werden unter allen Umständen Dänin sein.“

„Gewiß, Majestät, ich glaube, es behaupten zu können.“

Der König nickte dem schönen Fräulein zu. „Aber der Wahrheit die Ehre“, sagte er. „Lesen Sie, ich werde zuhören. Was haben Sie da?“ Er deutete auf ein weißes Blättchen, das Lina aus ihrem Notizbuche genommen hatte.

„Es ist ein Gedicht, Majestät.“

„Von wem?“ fragte der König. „Von Delensklager?“

„Ich glaube“, erwiderte sie mit einem übermütigen Blick auf Lorenz, „daß wir unsere Helden hier nicht nötig haben. Es ist dies ein kleines Gedicht von einem unbekanntem Verfasser. Ich fand es jüngst unter Papieren nach bewachte es auf. Mit Einem Majestät Erlaubnis werde ich diesen Versuch poetischer und jünger Gedanken den richterlichen Ausspruch unterwerfen, obwohl es mir schwer werden wird, die Verse mit dem Feuer der Begeisterung zu sprechen, die den Verfasser befehl haben muß, als er sie schrieb.“

„Lesen Sie“, sagte der König lächelnd.

Schallhaft suchten ihre Augen nach Baldemar, der hinter dem Stuhle der Prinzessin stand und sich bemühte, seinen Unwillen zu verbergen. Lorenz zwischte nicht, daß Lina das Gedicht ihres verlebten Vaters in der Hand hatte, und bei den ersten Zeilen mußte er es gewiß. Er fand es unredlich und fast, je zu denken, wie sie es tat; aber die Unerbittlichkeit der gewählten Bilder und Worte und die Ueberzeugungskraft des Pathos, mit welchem sie es vortrug, reizten ihn zu einem Tadel, das dem Kammerjunker nicht entging. Dieser schlen zu hören, daß Lorenz das Gedicht kannte, daß er es gelesen hatte, daß ein Ewerhändnis hier stattfand, um ihn aus dem Hause zu werfen. Eine Gölle von Hof sprachte aus dem langen Tadel, den er auf den übermütigen Ewerhändler warf; seine Lippen zitterten, seine Augen traten über den Kreis der Suppen

Kongress für Städteverwesen. Die Stadtverordneten-Versammlung in Düsseldorf hat in ihrer Sitzung vom 16. April einen Kredit von rund 10.000 Mark zur Veranstaltung eines Kongresses für Städteverwesen bewilligt, der anlässlich der Städte-Ausstellung Düsseldorf 1912 in der Zeit vom 28. bis 28. September d. J. in Düsseldorf stattfinden soll. Schon 1911 wurde mit der damaligen Düsseldorf 217 tebanausstellung eine Städtewoche verbunden, die außerordentlichen Anlang gefunden und dabei gezeigt hat, ein wie großes Interesse einer solchen Tagung entgegengebracht wird. Ermöglicht durch diesen Erfolg, soll der diesjährigen Ausstellung gewissermaßen als Ergänzung und Erweiterung ein Kongress für Städteverwesen angegliedert werden, der sich mit folgenden Materien befaßt wird: Städtebau, städtische Betriebe, Frage von Kunst, Wissenschaft und Wohlfahrt in den Städten. Der Kongress soll ein Mittelpunkt sein mit dem Prinzip „Aus der Praxis für die Praxis“ und allen Sachverständigen Gelegenheit geben, ihr Wissen einem größeren Kreise vorzutragen und es zum Allgemeinut aller Interessenten werden zu lassen. Um der Veranstaltung eine große durchschlagende Bedeutung zu sichern, sollen die Staatsbehörden, Städte und Stadtverordneten von ganz Deutschland dafür interessiert und die herporia endsten Redner auf den verschiedensten Gebieten gewonnen werden.

Der Gesamtverband des Verbands Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Vorstand erblickt in dem Vorschlag, das Kontingent aufzuheben und den Betrag des Kontingents der Reichsliste zuzuführen, angesichts der Macht der Spirituszentrale, den Verlust des Kontingents durch Erhöhung der Preise auszugleichen, eine nur verheerende Erhöhung der Verbrauchsabgabe, durch die der Konsum von neuem schwer belastet würde.

Namens der von ihm vertretenen Gewerbe lehnt der Gesamtverband die einseitige Aufhebung des Kontingents ab. Beharrt jedoch die Regierung auf ihrem Vorschlag, das Kontingent abzuschaffen, so muß gefordert werden, daß zugleich mit der Aufhebung des Kontingents die gezielten Bestimmungen über den Durchschußbrand und den Vergällungszwang beibehalten werden, die erst durch das Gesetz vom Jahre 1909 neu geschaffen worden sind.

Die vorfristigen Spiritusbrenner. Der Konsumverein Leipzig-Blagwitz richtete an die Spirituszentrale eine Anfrage wegen Lieferung größerer Quantitäten Spiritus. Die Spirituszentrale teilte dem Konsumverein mit, daß er die verlangte Menge sofort erhalten könne, die Preisfestsetzung könne freilich erst später erfolgen. — Die Spirituszentrale will offenbar erst den Verlauf der Verhandlungen des Reichstages über die Aufhebung der Liebesgabe abwarten, ehe sie den Preis des jetzt abgegebenen Spiritus bemittelt. Fällt die Liebesgabe, dann denkt sie zweifellos durch andere Preisnormierungen sich schadlos zu halten. Wie man sieht, müssen sich die Spiritusbrenner immer zu helfen, und ob mit oder ohne Liebesgabe auf ihre Rechnung zu kommen.

Der Austausch-Beamten. Der „Täglichen Rundschau“ wird von ihrem russischen Mitarbeiter geschrieben. Bei der Verhaftung des preussischen Grenzkommissars Hauptmann Dreßler auf dem Bahnhof Witzballen scheint eine Wiedervergehungshandlung der russischen Behörden vorzuliegen. Vor einiger Zeit las man in der russischen Presse, daß der langjährige Stationschef in Witzballen beim Vortreten der preussischen Schwesterstation Spidkühnen auf Befehl der Regierung in Rönnowberg wegen Spionagedrucks verhaftet worden sei. Da keine Aufklärung über diesen Fall erfolgte, so verlangte die russische Presse immer dringender, in gerechten Ausdrücken, die Befreiung des Beamten und eine amtliche preussische Erklärung. Vielleicht glaubt die russische Behörde, daß Hauptmann Dreßler irgendeine an der Verhaftung beteiligt sei. Durch dessen nunmehrige Verhaftung dürfte sich ein wichtiger Zeuge gegen den russischen Beamten in russischen Händen befinden.

Reichsverbändlerischer Krebsgang. Die Herrlichkeit des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie geht überall den Krebsgang. Aus einem Bericht des Reichsvereins für das Herzogtum Altenburg, einer dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angeschlossene Vereinigung, geht hervor, daß die Mitgliederzahl dieses Vereins im letzten Jahre von 4582 auf 3370 Mitglieder gefallen ist. Noch im Jahre 1906 gelang es dem Verein, im Gemeindevorstand der Sozialdemokratie drei Stadtverordnetenmandate in der Stadt Altenburg zu entreißen und bei den Stimmzettelwahlen 1907, unterstützt von den Freikämigen, das Reichstagsmandat noch einmal zu behaupten. Seitdem erlitt der Verein eine Niederlage nach der anderen. Die Sozialdemokratie aber erholte sich rasch wieder von den Niederlagen 1906 und 07 und bereits 1908 schloß sie bei den Gemeindevorstand mit glänzendem Erfolg ab. 1910 eroberte sie bei den Landtagswahlen vier Sitze und bei den Altenburger Stadtverordnetenwahlen im Herbst des gleichen Jahres räumten die „Sieger“ von 1906 fast kampflös das Feld. Bei den diesmaligen Reichstagswahlen eroberte die Partei bekanntlich auch das Reichstagsmandat wieder, das sie 1903 schon einmal für kurze Zeit besessen hatte und das dann der Reichstag für ungültig erklärte, weil der damalige Staatsmini-

Der von Gellert, ein Kammer Konsehbater, vor der Wieder-
aufstellung des Agrariers v. Biddau gemerkt hatte, damit das
Mandat nicht den Sozialdemokraten zufalle. Es scheint nun-
mehr, als ob der liberalpatriotische Allensburger Reichsverein, der
dem Reichsverband sich angeschlossen hatte, an dieser Verbin-
dung genug habe. Er hat nämlich jetzt beschlossen, sich vom
Reichsverband des Herrn Liebert los zu machen und einen
eigenen Sekretär zu bestellen, um der besonderen Verhältnisse
im Herzogtum willen.

Der Kampf um die Jesuiten. Die offizielle bayerische
„Korrespondenz Hoffmann“ in München läßt sich näher über die
Behauptung aus, daß die einzelnen Bundesregierungen vom
Vorhaben Bayerns in der Jesuitenfrage vorher verständigt
worden seien und keinerlei Widerspruch erhoben hätten. Aus
der Darstellung des habsburgischen Bureaus geht hervor, daß die
bayerische Regierung allerdings den einzelnen Bundesstaaten
mitteilt hat, daß sie die Verträge „Ordnungsmäßig“ abwickelnd
von der seitigeren Regel ausliefern wolle. In dieser Mitteilung
habe aber nicht das Ansehen gelegen, die Regierungen möchten
amtlich dieser Auslegung beitreten, vielmehr habe die Mitteilung
nur den Zweck, die Regierungen von dem in Aussicht genom-
menen Vollzug des Jesuitengetzes zu verständigen. Im Laufe
des Monats Februar seien der bayerischen Regierung
von einigen der beteiligten Bundesregierungen, darunter
auch der preußischen, Äußerungen zugegangen, die den
Standpunkt der Regierungen darlegten, jedoch in keinem
Falle eine Verwahrung gegen das Vorhaben der bayerischen Re-
gierung enthielten. Die weiteren Auseinandersetzungen über
diese Frage dürften nunmehr ziemlich zwecklos sein, da in den
nächsten Tagen die Jesuiteninterpellation im Reichstags verhan-
delt wird, und es steht zu erwarten, daß dann die notwendige
Klarheit geschaffen wird.

Ausland.

Die „große italienische Flottenaktion“, seit Wochen und
Monaten angekündigt, ist jetzt anscheinend alljährig überstanden.
Telegramme vom Tannenberg melden darüber folgendes:

Paris, 18. April. Zwei starke italienische
Marinedivisionen, von denen jede aus 12 Einheiten zu-
sammengesetzt war, führen die eine heute morgen, die andere
abends, vor der Insel Sykos vorbei und wandten sich dann
nach Norden. Morgens 8 Uhr kamen vor Rhodus vier
italienische Kreuzer an, von denen zwei dicht vor der Stadt
vorbeifuhren und ein Schiff, das zwischen Rhodus und Kameleten
verkehrt, anhielten. Sie durchsuchten es, ließen es aber dann
unbehindert seinen Weg fortgehen.

London, 18. April. Es wird gemeldet, daß bei der Ein-
fahrt in die Dardanellen Kanonenbatterien geübt worden
seien. Man vermutet einen italienischen Anstich. Zuverlässige
Informationen stehen noch aus. Auch aus Paris liegt eine
Depeche vor, nach der die italienische Flotte in Kameleten an-
gekommen ist. Ein italienisches Schiff ist gefunken.
Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist dort die Nachricht
verbreitet, daß 27 italienische Kriegsschiffe heute früh vor dem
Eingang der Dardanellen erschienen und das Bombardement auf
die Befestigungen von Rum-Kalef beaunten. Ein Geschütz der
Befestigung soll ein italienisches Kriegsschiff ge-
troffen haben.

Paris, 18. April. Die Beschlezung der Dardanellen-Forts
durch die italienischen Kriegsschiffe heute um 8 1/2 Uhr nachmittags
auf. Die italienischen Geschwader dampften
wieder in See. Die im Innern der Meerenge befindlichen
schwimmenden Minen wurden losgemacht. Die Handelsflotte
ist ununterbrochen.

Jetzt wird die Türkei auf Tripolis sicher Verzicht leisten,
wenn sonst machen die Italiener eine neue „Aktion“.

Danernrevolte in Italien. Nach einer Meldung der
„Stamoa“ aus Lodi, griffen die wegen der beschlossenen Steuer-
erhöhungen erbitterten Bewohner, mit Regien, Senien, Wist-
gabeln und Drehschneidern bewaffnet, das Gemeindegewalt an,
vertrieben die Gemeindeväter und zwangen die Mehrheit zur
Demission. Die Dienas, die von bestimmten Anführern befehligt
wurde, getret in ein Treffen mit 14 Gendarmen, die alle unter
schweren Verletzungen den Kampfplatz räumen mußten. Darauf
besetzte das Volk zwei Verhaftete und rüstete sich zum Wider-
stand gegen die militärischen Verstärkungen, die aus der Nachbar-
schaft herbeigerufen worden waren. Auch Frauen und Kinder
beteiligten sich lebhaft an der Rebellion. Nach Eintreffen von
3 Kompanien Militär sind etwa 60 Bauern, von denen viele
verletzt sind, verhaftet worden.

Der „Kampf mit den Räubern.“ Die „Maenza Stefani“
meldet aus Tripolis: Donnerstag früh ist eine Kompanie der
Truppenabteilung von Ladjura einer Brodiankolonne, die aus
Tripolis kommen sollte, entgegengeandt worden. Wdhlich trat
die Kompanie auf eine Bande von 100 Räubern,
die in der Dats Raubzüge machen wollte (wollte). Die Kom-
panie griff sofort die Räuber an und zerstörte sie. Dabei
wurden sechs Räuber getötet und einer verwundet. Der
Befehlshaber von Ladjura, der sofort von dem Kampfe benach-
richtigt wurde, sandte eine Kompanie Askaris und eine Ab-
teilung von Einwohnern aus Gharian, die versuchen sollten,
den Räubern den Rückzug abzuschneiden. Dabei trafen sie auf
eine Abteilung türkscher Reiter, von denen sie einen
köteten und die übrigen zerstörten. Später stießen sie auf eine
Abteilung von 800 Arabern und einige Türken. Die
Askaris griffen den Feind mit großer Festigkeit an und suchten
ihn, unterstützt von den Eingeborenen aus Gharian, zu um-
zingeln. Zwei Stunden wurde erbittert gekämpft. Endlich
wannte sich der Feind zur Flucht, verfolgt von den Askaris, die
ihm fortwährend Verluste beibrachten. Die Verluste des Feindes
betragen mindestens 50 Tote und 100 Verwundete. Die Askaris
hatten zwei Tote und sechs Verwundete.
Wie doch das italienische Regierungsorgan so schön die
Begriffe umkehrt. Als „Räuber“ erscheinen in Tripolis doch die
Italiener und nicht die Eingeborenen.

**Kroatische Demonstrationen im österreichischen Abge-
ordnetenhaus.** Das Abgeordnetenhaus wurde am Donnerstag
nach drei Wochen Osterpause wieder eröffnet. Als der Präsident
bei Beginn der Sitzung die Teilnahme des Davies an
dem Unglück der „Titanic“ aussprach, gaben die Kroaten
und Tschechoslowaken in Zwischenrufen ihrer Erregung
über die Vorgänge in Kroatien Ausdruck. Unter großer Unruhe
rief der Abgeordnete Plankl: „Sie vergessen das große Un-
glück in Kroatien; dessen sollten Sie auch gedenken.“
Zu der kroatischen Frage liegen drei Interpellationen vor. In
der Interpellation der slowenischen Abgeordneten heißt
es: Die Fiktion einer Verfassung in Kroatien
ist ein Faktum, das auf keinen Fall als eine rein interne
Angelegenheit Ungarns betrachtet werden kann. Es handelt sich
um einen durch nichts bearbeiteten unerhörten Rechtsbruch zu
dem Zweck, das Verfassungsleben eines freilebenden Volkes
zu erlöchen, eines Volkes, welches in Wirklichkeit ein Bollwerk
dynastischer Bestimmung ist. Dieser unerhörte Rechtsbruch ist
geeignet, das Ansehen der Monarchie in Europa zu schädigen.

Revolution in Belgien. Was lange heimlich beabsichtigt wurde,
scheint jetzt eingetroffen zu sein: In Belgien ist eine Revolution aus-
gebrochen. Benignus werden das Revolutionsgarn an
Langer, die sehr bestimmt lautet: Da die Verbindungen zwischen
Belgien und Langer zerstört ist, liegen nur kurze Meldungen vor.
Nach einem Telegramm des Pariser „Journal“ hat sich in Belgien
die muslimantische Bevölkerung empört, und die
türkischen Truppen des Sultans machen es

meinsame Sache mit der Revolution. Ein Attentat
gegen einen französischen Unteroffizier soll vorgekommen sein,
die telegraphische Verbindung mit der Luftpost wurde abge-
schnitten. Ein vom englischen Konsul in Belgien nach Lan-
gelangtes Marconi-Telegramm bestätigt, daß sowohl die Bevölke-
rung wie die Truppen rebelliert haben, und daß die telegraphi-
schen Instrumente zerstört sind.

Der Siegeszug der Volkseisenbahn. Der Gedanke
der Befreiung durch das Volk bricht sich in Amerika infolge
des wachsenden Misstrauens der Wähler gegen die herrschenden
Politiker-Cliquen, wie es namentlich in der Verbindung mit der
Forderung des Rechts der Arbeiter zur Verfassung von Ver-
trags- und Würdiger Beamten zur Geltung kommt, immer rascher
Bahn. Bisher sind Initiative, Referendum und Abberufungs-
recht (auch der Richter, deren Abhängigkeit von den Kapitalis-
tischen immer deutlicher erkannt und bekämpft wird), ein-
geführt worden in den Staaten Maine (Neu-England, Osten),
Missouri, Arkansas (Süden), Oklahoma, Texas, New-Mexiko,
Arizona (Südwesten), ferner fast sämtlichen des Westens und
des fernsten Westens und Nordwestens: Ohio, Illinois, Michi-
gan, Wisconsin; Nord- und Süd-Dakota, Nebraska, Montana,
Wyoming, Colorado, Washington, Oregon, Idaho, California,
Utah; zusammen 22, fast die Hälfte der 48 Unionsstaaten, dar-
unter einige der wichtigsten und alle in den letzten Jahren als
Staaten mit eigener Verfassung zugelassenen Gebiete.

Arbeiterunruhen in Sibirien. In den Goldwäschereien
der Len-Gesellschaft zu Irkutsk kam es zu ersten Arbeiter-
unruhen. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurde Militär
aufgehoben. Die Soldaten schossen, töteten 107 Arbeiter
und verwundeten 80.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Brieg, 19. April. Die Leiche des Selbstmörders,
der Dienstag nachmittags an der Promenade in die Oder sprang,
ist bald gefunden worden. Der Tode war der in den 40er
Jahren stehende Maurer Karl Rittsch, Neuhäuserstraße
wohnhaft, der die Tat infolge Mergers verübt haben soll.

Hirschberg, 19. April. Die Sonnenfinsternis im
Niesengebiet. Auch im nördlichen Niesengebiet war bei
dem prachtvollen Wetter die Sonnenfinsternis sehr gut sichtbar.
In Hirschberg kam während der Finsternis, die beinahe eine
vollständige Dunkelheit mit sich brachte, die Luft-
temperatur um ca. 6 Grad. Das Gebirge, das größtenteils
noch im weißen Winterkleide prangt, bot während der Finsternis
eine eigenartige Farbenwirkung von seltsamem Reiz. Die
Beobachtung verfolgte das Naturhistorische Institut mit dem größten
Interesse, und überall sah man groß und klein, mit bunten
Gläsern den Himmel betrachtend.

Hirschberg, 19. April. Fallschmünzer. Wegen Münz-
verbrechen hat sich der Fuchsbauer Karl Fädel aus
Waltersdorf bei Böhmen und der Techniker Heinrich Lau von hier
zu verantworten. Fädel hat in seiner Wohnung falsche Zwei-
markstücke hergestellt. Im ganzen hat er gegen 40 Stück ge-
gossen, von denen jedoch nur etwa 12 Stück zur Ausgabe ge-
eignet waren. Als er nach Hirschberg kam, um Geld und Zinn
für seine Fälscherei einzukaufen, gab er acht falsche Zwei-
markstücke dem Lau, die dieser hier und in Warmbrunn aus-
geben wollte. Es ist ihm beide verhaftet. Druete wurde Fädel zu
1 1/2 Jahren und Lau zu einem Jahre Gefängnis,
beide außerdem zu je drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Schweidnitz, 19. April. Wegen schwerer Ruppel-
braganen an ihrer eigenen Tochter, hatte sich die Fabrik-
arbeiterin Verda Siegel aus Peterwalde vor der hiesigen
Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung, die unter
Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Ver-
urteilung der Anwesenden zu ein Jahr Zuchthaus und
drei Jahre Ehrverlust.

Wunzlau, 19. April. Tischlerstreik. Bei der Firma
Martin u. Baratsch, hieselbst, haben die dort beschäftigten
Tischler die Arbeit niedergelegt. Schon seit Jahren gab es
Differenzen zwischen dem Leiter, Herrn Müller und dem Per-
sonal. Herr Müller beabsichtigte eine neue „Arbeits-
einteilung“ einzuführen und lud die Lohnkommission
zu Sonnabend, den 13. April, ein, um ihr
diese „Arbeits-einteilung“ vorzulegen. Diefelbe bedeutet nun
selbstverständlich nicht eine Aufbesserung für die Arbeiter, sondern
eine Verschlechterung. Bis Montag sollten die Tischler
sich entscheiden, ob sie die Bedingungen annehmen wollten, oder
nicht. Hierauf saßen in einer sofort zusammenberufenen Ver-
sammlung die Arbeitnehmer den Beschluß, diese „Arbeits-
einteilung“ abzulehnen und vorläufig zu den alten Be-
dingungen weiter zu arbeiten. Doch damit war
die Firma nicht einverstanden, sondern verlangte
sofortige Unterwerfung. Auf diese Provokation konnte es
nur eine Antwort geben: Der Streik.

Es sind 22 Mann im Aufstande und eine Anzahl
Drechsler haben infolge mangelnder Arbeit wegen des Tischler-
streiks ebenfalls die Arbeit einstellen müsse.
Inveres Grachten war es die höchste Zeit, daß das Personal
Martin und Baratsch sich endlich einmal zur Tat aufraffte. Wir
erinnern nur an die früheren Wahrgelungen und die
fortwährenden Lohnkämpfe seit der Zeit, wo der jetzige
Inhaber die Fabrik leitete. Arbeiter, die viele Jahre
im Dienst der letzteren standen, hatten einfach innerhalb
48 Stunden eine ihre Lebenshaltung verfallende „Arbeits-
einteilung“ annehmen — oder sie fliegen auf das Strafen-
plaster. Die Solidarität der Ausständigen dürfte wohl binnen
kurzer Zeit dazu führen, Herrn Müller zu belehren, daß solche
Maßnahmen für die Firma selbst von größtem Schaden sind.

Glogau, 19. April. Zum Bau des Krematoriums.
In der Stadivereinbarung am Mittwoch erklärte sich die
Versammlung mit 18 gegen 4 Stimmen grundsätzlich mit der
Errichtung eines Krematoriums einver-
standen. Es war versucht worden, zwischen Glogau und
einigen Nachbarstädten, wie Grünberg, Neuwitz, Sprottau,
Stettin u. a., einen Zweckverband zustande zu bringen, doch
scheiterten diese Verhandlungen daran, daß die Nachbarstädte der
Angelegenheit nicht genügend Interesse entgegenbrachten oder sich
mit der Absicht trugen, ein eigenes Krematorium zu erbauen.
Der Magistrat soll zunächst die Genehmigung der Regierung
einholen und dann der Versammlung eine weitere Vorlage
machen.

Glogau, 19. April. Ein umfangreicher Nord-
prozess fand am Mittwoch vor dem hiesigen Schwurgericht
statt. Angeklagt war der 36 jährige Arbeiter Hermann
Schmidt aus Döberpauze, Kreis Sagan, wegen voll-
ständigen Mordes und Mordversuches in je einem
Falle. Der Angeklagte ist ein roher und gewaltthätiger Mensch,
der schon mehrfach verurteilt ist, meistens wegen schwerer Miß-
handlung seiner Ehefrau begu. seines vierjährigen Stiefsohnes.
Als es die Frau endlich nicht mehr aushiel, verließ sie am
30. Dezember v. J. ihren Mann und begab sich mit ihren Kin-
dern zu ihrer Mutter nach Friedstadt. Nachdem sich der Ange-
klagte vier Tage umhergetrieben hatte, wobei er in seiner Ehe-
mätigen Frau konstant Glogau auch wegen Spionageverdachts
festgenommen, aber bald darauf wieder freigelassen wurde, fuhr
er am 5. Januar nach Friedstadt, suchte hier seine Frau auf
und sie zur Rückkehr zu bewegen. Nach zwei vergeblichen Ver-
suchen sagte er ein neues „Hohes Meer“, einen logischen
Rückweg, führte dann nach einiger Zeit in die Wohnung seiner
Schwiegermutter zurück und fiel mit erhobenem Messer über seine
Frau her. Die betagte Schwiegermutter warf sich dem Mörder
entgegen, um die Tochter vor dessen Angriffen zu schützen. Un-
glücklich brachte er über die Mutter der Schwiegermutter hinweg

seiner Frau zwei schwere Stiche am Auge und am linken Ober-
arm bel. Hierauf versuchte die verlebte Frau Stöße zu holen
und nun brachte der Angeklagte seiner Schwiegermutter
[sic] zwei Stiche bei. Durch den einen wurde das
Stirnbein glatt durchbohrt und ferner nach Schmidt die Frau
zweimal in die Brust. Während die Schwiegermutter auf dem
Kranstisch nach dem Krankenhaus verfrachtet, ist die Frau wieder
bergestellt worden. Nach der eintreffenden Tat benahm sich der
Angeklagte, der auf dem Bahnhof verhaftet wurde, völlig gleich-
gültig. Er hat unter anderem 1/2 Stunden lang der Gestalt
der ermordeten Schwiegermutter beigezogen, ohne mit einer
Wimper zu zucken. Auch in der heutigen Verhandlung trug er
eine verstoche Miene zur Schau. Auf Grund des Wahrspruches
der Geschworenen wurde der Angeklagte wegen an der Ehefrau
verübten Mordes und wegen Totschlags der Schwiegermutter zu
15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiauf-
sicht verurteilt.

Martissa, 19. April. Der Generaldirektor als
Steuerhinterzieher. Vor dem hiesigen Schwurgericht
wurde der frühere Generaldirektor, jetzige Rentier Guthmann
wegen Steuerhinterziehung zur Zahlung des achtfachen
Betrages der hinterzogenen Steuer, der 11829,40 Mk. beträgt,
verurteilt, da Guthmann in den Jahren 1906 bis 1909 wissent-
lich falsche Angaben über sein Einkommen gemacht hat. Er
hatte sein Einkommen, das sich in Wirklichkeit auf 31,000 bis
83,000 Mk. jährlich belief, auf nur 15,000 Mk. angegeben. Die
Steuerhinterziehung für das Jahr 1906 wurde als verjährt an-
gesehen.

Meiße, 19. April. Ungetreuer Beamter. Verhaftet
wurde der 32 Jahre alte Briefträger Merfort aus Bchau,
Kreis Meiße, weil er mehrere Postanweisungen in Höhe von un-
gefähr 4000 Mark unterschlagen hat. Merfort ist verheiratet und
Vater mehrerer Kinder.

Meiße, 19. April. Ein hartes Urteil fällt das
hiesige Schwurgericht gegen die unverschämte Emma Englich,
gegen den Klempnergesellen Wistuba, den Maurer Puff und
den Steinmetz Gläker, sämtlich aus Neustadt O.-S., wegen
Meineid beim Verleumdung mit Meineid. Wegen einer dummen
Schlägerei, natürlich im Banne des Alkohol, sollen Wistuba
und Puff die Englich und den Gläker bestimnt haben, mit ihren
Anklagen etwas zurückzuhalten. Die Englich wurde zu vier
Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt, während Wistuba
1 Jahr und 6 Monate, Puff 1 Jahr und 3 Monate Zuchthaus
erhielten, sowie 2 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht; und
dauernde Unfähigkeit als Zeuge zu fungieren. Gläker erhielt
6 Monate Gefängnis.

Meiße, 19. April. Im Wahn sinn. Die Frau eines
Gärtnerstellenbesizers in Konradsdorf bei Meiße schnitt sich in
einem Wahnsinnsanfälle die Schlagader mit dem Rasier-
messer ihres Mannes durch, nachdem sie sich eine unaussprechliche
Verleumdung im Geiste beigebracht hatte. Unmittelbar darauf kam
ihre Mann hinzu, welcher die Bedauernswerte vor dem Verbluten
rettete und ärztliche Hilfe hinzuzog.

Meiße, 19. April. Suizid geprügelt. In rohester
Weise hatte der Arbeiter August Kühn aus Groß-Perlethitz,
Kreis Meiße, am 4. März d. J. seine Frau zu Tode gemiß-
handelt, indem er sie mit den Stiefeln schlug und mit den Fäßen
auf ihr herumtrat. Dadurch erlitt die Unglückliche vier Rippen-
brüche, die den Tod herbeiführten. Das hiesige Schwurgericht
verurteilte den Rohling zu fünf Jahren Zuchthaus.

Mroschen (Polen), 19. April. Selbstmord eines
Chevaalere. Der frühere Besitzer der königlichen Domäne
Derselde bei Mroschen, Zimmermann, hat sich Donnerstag
vormittag 10 Uhr erschossen, und seine Frau sich ver-
giftet, aus Gram darüber, weil ihm u. a. zwangsweise zwei
Dengste verkauft werden sollten.

Schneidemühl, 18. April. Die eigene Großmutter
erschlagen. Unter der Anklage, seine eigene Großmutter er-
schlagen zu haben, hatte sich der 20 Jahre alte Chauffeurbetrie-
ber Adolf Ludwig aus Jpenbusch zu verantworten. Ludwig
wohnte bei seiner Großmutter, die ihm wegen seines leicht-
sinnigen Lebenswandels wiederholt Vorwürfe gemacht hatte.
Als sie dies in der Nacht vom 23. zum 24. Juli 1910, wo der
Angeklagte schwer betrunken nach Hause kam, wie er tat, miß-
handelte er die alte Frau in so brutaler Weise, daß sie in der-
selben Nacht verstarb. Der Angeklagte wurde wegen Körper-
verletzung mit Todeserfolg zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis
verurteilt.

Briefkasten

- Zöthen.** Auf anonyme Zuschriften legen wir in
allen Fällen keinen Wert.
- W. 2432.** Ja, die Krankheit kann bei der Steuerver-
anlagung berücksichtigt werden, so daß Sie weniger zu zahlen
haben.
- S. 155.** Nein, das ist nicht strafbar.
- Brieg 5 B. und S. A., Andersenstraße.** Anfragen ohne
genaue Namensunterchrift und Wohnungsangabe beantwortet
wir nicht.
- W. 7.** 1. Dieser Vertrag kann nicht rückgängig gemacht
werden. 2. Sie müssen sich beim Amtsgericht beschweren, daß
die Sache weiter geht.
- Ulrich-Schacht.** 1. Das ist beleidigend. 2. Decharge er-
stellen heißt erklären, daß jemand seinen Verpflichtungen nach-
gekommen ist.
- Volkswacht Leser.** 1. Die Frau kann das Bett einlagern;
aber das ist sehr unbillig, weshalb wir Ihnen raten, sich die
Sache rechtlich zu überlegen. 2. Es müßte beim Amtsgericht auf
Zahlung der 100 Mark geklagt werden; vorher ist es nicht mög-
lich, das Geld zu sperren.
- F. 100 Regnitz.** 1. Der Besitzer ist nicht verpflichtet,
sein neuen Besitzer zu bleiben und das Jahr abzuliefern.
2. Sie können ohne weiteres den Dienst verlassen.
- W. Charlottenstraße.** D ist Saalbesitzer, S. nicht. Ein
Boykott kann in diesem Falle nicht verhängt werden.
- A. S., Weite Straße.** Ueber „Nasenformer“ wissen wir
nichts zu sagen, auch nicht über die angegebene Firma. Vielleicht
kann ein Arzt helfen.

*Millioner sind anständig
Geldverdiener sind glücklich,
Aber Gerechtigkeit muß es!*

Schuhwaren-Fabrik

Max Tack

Über 600 Verkaufsstellen

ca. 500 Angestellte

Ein sehr vorteilhaftes Angebot unserer bewährten Qualitäten.

Herren- und Damen-Stiefel

In vollendeter Formen-Auswahl.

6 50 8 50 10 50 12 50

Damen-Derby-Schuhe. Die grosse Mode! Chromlid, Lackkappe, amerikanischer Absatz 5 90
Braun und schwarz, echt Chevreaux, Lackkappe, breite Bänder 7 50
Lack 8 50
Elite-Qualität 10 50

Schul-Stiefel

la. Wachsleder

Grösse 25-26 2 90 27-30 3 40 31-35 3 90

Prima Box-Chrom, geschw. Besatz, breite rationale Naturform, Grösse: 27-28 29-30 31-33 34-35

4 70 5 20 5 70 6 20

echt braun u. schwarz Chevreaux, teils Lackkappe

4 90 5 40 5 90 6 40

5300



Verkaufshaus

Breslau

Neue Schweidnitzerstrasse 6

Neue Schweidnitzerstrasse 6

6

Beachten Sie unsere Schaufenster

Nur kein Neid

wer kann, der kann.

Nur uns ist es möglich, so eleg. moderne

5307

Anzüge

Ulster

Paletots

für 12.- 16.- 20.-
24.- 26.- 30.-
usw.

zu verkaufen.

Wenig getragene Anzüge

für 8.- 10.- 16.-
usw.

Wenig getragene Paletots, Ulster

für 8.- 10.- 16.- 20.-
usw.

Wir verleihen Gehrock-, Frack-, Smoking-, Strassen-Anzüge sowie Ulster, Paletots, Regenmäntel für 5 Mk.

Kaufhaus für Herren-Garderoben

G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstrasse 6

(Hansa-Haus).

Excelsior- und Herkules-Fahrräder

im Gebrauch unverwundlich, liefert auch auf Teilzahlung
Carl Borst Posenerstr. 93
Mäntel, Schläuche, Laternen und Ersatzteile billigst.
Eigene Reparatur-Werkstatt. [4625]

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk 2068

bei den für größter Auswahl in Kinder-, Strassen- und Feuchtschuhen, sowie Holz- und andere Pantoffeln zu streng realen Preisen nur bei Robert Kretschmer, Schuhmachermeister, Friedrich-Wilhelmstrasse 52, gegenüber der Friedrich-Kirche.

Original-Phönix-Nähmaschinen

für Gewerbe und Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Ausfüllen besonders geeignet. Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in 14807 Spezialmaschinen. Hauptmaschinen für Wäsche u. Tuch.
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Der Wahre Jakob, Heft 10 Pf.

Zur Saison-Eröffnung.

Sonder-Angebot

in Orkan-Fahrrädern, Ersatz- und Zubehörtellen, Nähmaschinen, Sprech-Apparaten und Platten.

Vergleichen Sie nachstehend angeführte Preise mit denen der Konkurrenz, Sie werden sich überzeugen, daß Sie nirgends vorteilhafter kaufen können, als bei mir.

Jährlicher Versand 5-6 Tausend Fahrräder.

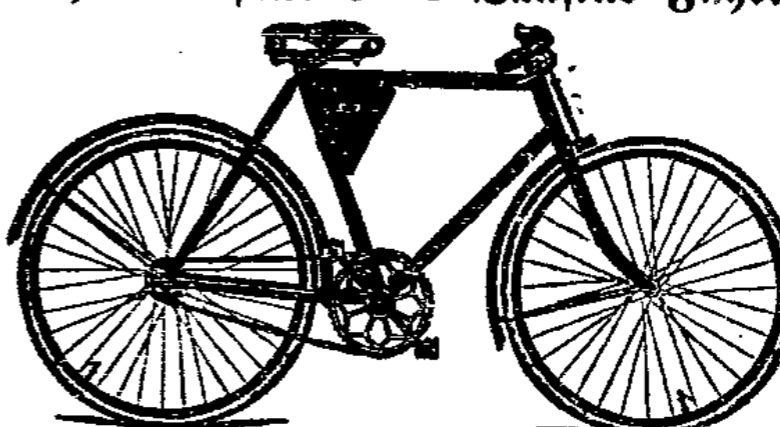
5817

Neue Fahrräder

komplett mit Pneumatik, schon v. Mt. 39 an

Damenräder

mit Gummi v. Mt. 48 an



Mit ganz vorzügliche Qualitätsmarken empfehle meine

Original Orkan-Räder 65 an mit doppelfedernder Sattelstütze, v. Mt.

Über 30 000 Fahrräder sind von mir bisher zur vollsten Zufriedenheit u. einer Abnehmer geliefert worden.

Saßbesten ohne Garantie 1.25 u. 2.75	Rebale Paar 1.25 u. 2.00	Dosenhalter Paar 2 Pf.
1/2 Jahr Garantie 4.00 u. 4.50	Reifen 1.25 u. 2.00	Griffe Paar 15 u. 20 Pf.
1 Jahr Garantie 5.00 u. 6.00	Carbidlaternen von 1.75 an	Rudsfäden 1.25, 1.75
Reparaturkosten 3.75, 5.50, 6.75	Telefonpumpen, 4-tellig 85 Pf.	10 Lochschlüssel 25 Pf.
Reifenkammer ohne Garantie 1.90	Reifenpumpen 65 u. 85 Pf.	Elegante Taschenfeuerzeuge 45 Pf.
1/2 Jahr Garantie 2.75 u. 3.00	Elegante Rahmenpumpen mit Halter 1.00	Taschen-Reserverfeuerzeuge 1.50
Prima, 1 Jahr Gar. 3.25 u. 3.75	Schraubbleche Paar 60 u. 85 Pf.	Doppel-Feilerglöden 30 u. 40 Pf.
Plattensatz mit Freilauf u. Rücktrittbremse 2.75	Starke Gummihalter 2.25	Reifenhalter Paar 15, mit Leder 45 Pf.
ohne Freilauf 4.50	Satteldecken 60 Pf.	Gummi-Dosenflüge Paar 10 Pf.
Verberrad 3.75	Reifenpumpen 2.20	Patent-Dosenhalter Paar 8 Pf.

Nähmaschinen.

Zeitsche Stager-Singhiffischer, ohne Kasten 39 Mt., mit Kasten 42 Mt.
Bessere Orkan-Singhiffischer-Maschinen 50 Mt.
Original-Singhiffischer-Maschinen
neu und modernisiert nähend, 60, 70, 75 Mt.
Original-Singhiffischer, Central-Becken 70 u. 80 Mt.

Sprech-Apparate und Platten.

Seit spielende Apparate Mt. 11.50, 14.50, 20.00-150.00
Schallplatten, doppelseitig, 25 cm groß 85 Pf.
Einfache Original-Platten 55 Pf.
Original-Orkan-Platten umfasst 5.00 jezt 2.50 Mt.
In Kalligraphie, Sonophon, Gramophon-Platten
jezt jedes erscheinende Stück am Lager.

Verlangen Sie meinen Haupt-Katalog unsonst und portofrei, derselbe gibt Ihnen weitere Aufschlüsse über die Vorteile, die Sie bei mir genießen. — Jeder, auch der kleinste Auftrag, wird prompt und gewissenhaft ausgeführt. — Lieferungsbedingungen: Nachnahme oder Voreinzahlung des Betrages. An sichere Kunden eventuell auf Kredit oder Teilzahlung.

Orkan-Fahrradwerke

Bernh. Wedler, Breslau 8, Klosterstr. 15. Fil.: Blücherplatz 20.
Größtes Haus der Branche von Mittel- und Oberschlesien, Posen, Pomern, Ost- und Westpreußen und Sachsen.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau

Museumsplatz 4
empfehlen feinst. Tabake zur Bigarettenherstellung zu billigst. Preisen. [6477]

Konfektionshaus

Eugen Hamburger

Bohrnerstrasse 25, Ecke Nachodstrasse.

Telefon Nr. 8244.

5343

Spezial-Mass-Abteilung
unter Garantie für guten Sitz.

Anzug nach Mass

Serie 1 Mk. 21.—
Serie 2 „ 25.—
Serie 3 „ 33.—
Serie 4 „ 41.—

In sämtlichen Serien-Preislagen unterhalte ich ein Lager in den modernsten Stoffen, wie Cheviot und Kammgarn etc.

Beachtung ohne Kaufzwang.

1. Beilage zu Nr. 92 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 20. April 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. April.

Geschichtskalender.

20. April.

- 1852 Der Mediziner Ernst v. Leyden in Danzig.
- 1848 Der Schriftsteller Kurt Laßwitz in Breslau.
- 1906 Polizeischlacht am Striegnauer Platz. Dem Arbeiter Oswald wird die Hand abgehakt.

Auf zum Frauenabend!

Montag, den 22. April, wird der zehnte Frauenabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau abgehalten. Ueber die Lokale, Rednerinnen und Redner unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

- Gabis, Sauerbrunn und Gräßener Vorstadt.** (Distrikte 1, 2, 3, 8a) in Mildes Festkälten, Gräßenerstraße 74. Redner: Genosse Darf.
- Nikolaitor.** (Distrikte 4, 6, 7) im „Schweigerhof“, Schweigerstraße 23. Redner: Genosse Löbe.
- Oberior.** (Distrikte 8, 8a, 9, 9a) im früher Casperleichen Stablfement, Matthiasstraße 88. Redner: Genosse Winger.
- Sandtor.** (Distrikte 10 und 11) bei Fischer, Michaelisstraße 26. Redner: Genosse F. H. Müller.
- Innere Stadt, Schrägen und Ohlauer Vorstadt.** (Distrikte 12, 13, 14, 15, 16a, 18 und 19) im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer Nr. 1. Redner: Genosse Schüb.
- Schweidnitzer Vorstadt.** (Distrikte 16, 16a, 17, 17a) bei Speidrich, Neubudorffstr. 65. Rednerin: Genossin Fräulein Gellrich.
- Höpelwitz.** (Land-Distrikt 8) bei Mikulle, Höpelwitzstraße 23. Thema: Rednerin: Genossin Frau Pawatsch.
- Verbain-Dürrauh.** (Land-Distrikt 14) bei Jahn, Schönstraße 21. Rednerin: Genossin Frau Schrenk.

In allen Frauenabenden wird gesprochen über:

Unsere Schulforderungen.

Besonders werden unsere Redner und Rednerinnen die Breslauer Schulverhältnisse behandeln. Die Schule, das Bildungsmittel unserer Jugend, ist eine so wichtige Einrichtung, daß jede Frau und Mutter bestrebt sein muß, darüber Aufklärung zu erhalten.

Unsere Frauenabende beginnen um 8 Uhr und sind um 10 Uhr zu Ende. Vergesse keine der Genossinnen, ihr Mitgliedsbuch einzuführen, da sie sonst keinen Zutritt hat; ebenso sind die Lieberbücher mitzubringen. Also, besucht den Frauenabend.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Am Donnerstagabend im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer, Genosse Herrmann, gab die Abrechnung über das verfloffene Quartal, die eine weitere kräftige Entwicklung des Vereins erkennen läßt. Die Mitgliederzahl ist in diesen drei Monaten um 724 gestiegen.

Hierauf sprach Genosse Neulirch über die vorzunehmende Statutenänderung. Von besonderer Wichtigkeit ist die Einführung des Vertretersystems für die geschäftsführenden Versammlungen. Der Entwurf sieht für je dreißig Mitglieder einen Vertreter vor. Außer diesen Vertretern sollen die Vorstandsmitglieder und Distriktsführer mit beratender und beschließender Stimme, die Revisoren,

Bibliothekare, die Preßkommission, Bildungsausschuss, Lokalkommission, Stadtverordneten-Fraktion, Redakteure, Geschäftsführer und Expedienten der „Volkswacht“ nur mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen dürfen. Selbstverständlich darf auch jedes andere Mitglied des Vereins den Verhandlungen beiwohnen, da diese insoweit öffentlich geführt werden.

Die Aussprache setzte gegenüber verschiedenen neuen Bestimmungen lebhaft ein und führte zu einzelnen Abänderungen des Entwurfs. Besonders groß war die Zahl der Wortmeldungen zum Vertretersystem. Die Meinungen gingen hier weit auseinander. Während sich einige Genossen mit der Begründung gegen das Vertretersystem wandten, daß dieses un-demokratisch sei, leiteten andere Genossen seine Notwendigkeit aus dem Umstande her, daß bei der Größe des Vereins längst nicht mehr alle Genossen an den Mitgliederversammlungen teilnehmen können.

Gerade im Vertretersystem kämen also die demokratischen Grundsätze zum Ausdruck. Auch werde das Vertretersystem wesentlich dazu beitragen, das Leben in den Frauenabenden reicher zu gestalten und den Verein weiter vorwärts zu bringen.

Die Mehrheit der Versammlung erklärte sich für das Vertretersystem und beschloß im Prinzip seine Einführung. Ueber die Anträge, die Einzelheiten betreffen, wird die nächste Versammlung beschließen, da wegen der vorgerückten Zeit Vertagung eintreten mußte.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Das erste Quartal des laufenden Jahres hat die erwartete Zunahme des Beschäftigungsgrades in der gewerblichen Warenherstellung gebracht. Der flotte Geschäftsgang, der fast in allen Gewerbebezügen herrscht, findet seinen deutlichen Ausdruck in der anhaltenden Besserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte. Bei den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Arbeitsnachweiser kamen im Monat März auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 109,9 Arbeitsuchende. Mit hin ist gegen den Vormonat eine Erleichterung um 18,3 eingetreten. Gegen Januar 1912 ergibt sich eine Besserung um 92,1.

Im Vorjahre ging die Andrangsziffer von 136,9 im Januar auf 131,8 im Februar und auf 108,7 im März zurück. Der Andrang war also im Vergleichsmonat um 1,2 stärker als im Monat 1911; die Erleichterung, die von Januar auf März eintrat, war jedoch im laufenden Jahre wesentlich stärker als im Vorjahre. Daß die günstige Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte vorwiegend der Besserung der gewerblichen Konjunktur zuzuschreiben ist, ergibt sich aus der bedeutenden Abnahme des Andranges am Arbeitsmarkte für **Männliche**.

Während im Februar 1912 auf 100 offene Stellen für männliche Arbeiter noch 154,5 Bewerber kamen, ist die Andrangsziffer im März auf 128,1 gesunken. Im gleichen Monat des Jahres 1911 kamen auf je 100 offene Stellen 129,21 Arbeitsuchende. Sehr gut ist vor allem die Metall- und Maschinenindustrie und das Holzgewerbe beschäftigt. Auch für Tapezierer, Schuhmacher, Maler und Schneider hat die Arbeitsgelegenheit stark zugenommen.

Die Berichte über die **Bautätigkeit** lauten nicht einseitlich. In verschiedenen Gegenden ist auf diesem Gebiete noch nicht die gewohnte Zunahme der Beschäftigung eingetreten. Dies erklärt sich zum Teil daraus, daß die Bautätigkeit im vergangenen Spätherbst infolge der milden Witterung noch auffallend rege war, wodurch natürlich schon ein Teil der Arbeitsgelegenheit vorweggenommen wurde.

Am Arbeitsmarkte für **landwirtschaftliche** Arbeiter setzte eine erhebliche Zunahme der Nachfrage ein, doch war das Ueberangebot hier und da noch recht bedeutend. Die Arbeitsgelegenheit für ungelernete Arbeiter hat fast überall zugenommen. Vor allem stellen verschiedene Industriezweige, die den Bedarf an gelernten Kräften nicht mehr decken können, Ungelernte ein. Auch im **Tiefbau** bot sich ausreichende Beschäftigung.

Auf dem Arbeitsmarkte für **Weibliche** kamen im Vergleichsmonat auf 100 offene Stellen durchschnittlich 81,2 Arbeitsuchende, das sind 1,7 weniger als im Vormonat. Gegen den vorjährigen Vergleichsmonat ergibt sich sogar eine Zunahme des Andranges um 5,32. Die Arbeitsgelegenheit für Weibliche hat gegen das Vorjahr nicht unerheblich zugenommen; gleichzeitig ist aber eine noch stärkere Steigerung des Angebots weiblicher Arbeitskräfte, hauptsächlich durch Zugang vom platten Lande nach den Städten, eingetreten. Während der Nachfrage nach weiblichen Dienstboten z. B. in den Städten fast allenthalben das Angebot entsprach, macht sich auf dem Lande fast überall ein auffallender Mangel an weiblichem Personal bemerkbar.

* **Beamteneid und — Kassenärzte.** Aus **Merz** freien wird uns geschrieben: In politischen und ärztlichen Fachzeitschriften wird berichtet, daß der Berliner Gewerkschaftenverein, das heißt der seit Jahrzehnten bestehende Ortsklassen-Verband, mit einem Magistratsmitglied als Vorsitzenden, nur solche Ärzte als Kassenärzte anstellen und behalten will, die nicht Mitglieder des wirtschaftlichen (Leipziger) Ärzteverbandes sind. Es soll diese Beschränkung auf Grund des § 5 des Ärztevertrages geschehen, nach welchem „die Gewerkschaftenvereine nicht angehören dürfen, deren Zweck den Bestand des Gewerkschaftenvereins gefährden“. Wenn sich dieses Vorgehen bewahrheitet, so würden wir es auf das schärfste mißbilligen und verurteilen. Arbeiter, speziell Berliner, also zum großen Teil sozialdemokratische Arbeiter, dürfen nicht auf das Niveau der „Schlesischen Zeitung“ oder preussischer Minister sich begeben. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit auf interessante rechtliche Folgen hinweisen. Der § 5 des Ärztevertrages wird hier in gleicher Weise angewendet, wie der Beamteneid. Es sollen die angestellten, also gleichsam beamteten Ärzte auch außerhalb ihrer Berufstätigkeit in ihren öffentlichen Rechten beschränkt werden. Der Vorsitzende des Gewerkschaftenvereins, ein Berliner Stadtrat, könnte nach dem Muster des preussischen Polizeiministers diejenigen Kassenärzte, welche Vereinen angehören, „die den Bestand des Gewerkschaftenvereins gefährden“, oder bei einer Wahl Mitglieder solcher Vereine ihre Stimme geben, mit den Kostenamen **Geuchter, Wortbrüchige** zc. belegen. Wenn nun die Zeitungen des ärztlichen wirtschaftlichen Verbandes gegen ein solches Verfahren in scharfen Artikeln loszögen, wie das

Arbeiter! Müstet zum 1. Mai!

Aus aller Welt.

Um einen weißen Schlops 100 Mark Geldstrafe. Einen Zusammenstoß zwischen Gerichtsvollziehenden und Verzeiger gab es in einer Sitzung der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts. Zur Verhandlung stand eine an sich belanglose Verurteilung gegen einen Landwirt aus **Barby**, den das hortige Schöffengericht wegen Verletzung einer Polizeiverordnung und Verletzung eines Feldhüters in Strafe genommen hatte und der hiergegen Berufung eingelegt hatte. Vor der Verurteilung des Urteils erschien der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Pein aus **Barby** ohne **Robe**. Der Vorsitzende der Kammer, Landgerichtsdirektor **Silberbrandt**, rügte das und bemerkte, nach den bestehenden Vorschriften müsse der Verteidiger auch eine weiße Binde anlegen. Dieser unterbrach den Vorhalt wiederholt, behauptete, die Praxis bei den Gerichten sei verschieden und verwahrte sich gegen den Ton des Vorhaltes. Auf die Ermüdung des Vorsitzenden, sein Ton sei angemessen, erklärte der Verteidiger, er sei anderer Ansicht und als Leutnant der Reserve sehr empfindlich. Bei anderen Gerichten werde die Anlegung einer weißen Binde nicht beobachtet, er trage eine schlichte schwarze Binde, die ebenso gut aussehe, wie eine weiße. Daraus entgegnete der Vorsitzende, beim Landgericht in Magdeburg seien die Vorschriften aber zu befolgen. Der Staatsanwaltschaftsrat **Metsch** beantragte wegen Ungebühr vor Gericht 100 M. Geldstrafe. Die Kammer beschloß laut Magdeb. Centr.-Anz. gegen den Verteidiger wegen Ungebühr in der Sitzung durch sein ungehöriges Auftreten eine Ordnungstrafe von 100 Mark.

Je drei Monate Gefängnis. Am 21. Februar erließen in Halle auf der sogenannten Wanderer-Werkstätte ein polnischer Handwerksbursche und nahm die übliche Verpflegung in Anspruch, die auf 55 Pf. berechnet wird. Da nun Wandererburschen im Gegensatz zu reisenden Fürsten, Ministern, Oberbauräten usw. für ihre gastliche Aufnahme als Gegenleistung zur Arbeit verpflichtet sind, so hatte sich der Bursche, der sich am anderen Morgen drückte, ohne die gestellten üblichen Beiträge zu haben, des „Betrugses“ schuldig gemacht und deswegen vor den hiesigen Gerichten zu verantworten. Da er wegen ähnlicher Vergehen schon vorbestraft war, lag sogar **Betrag im Rückfall** vor, auf dem mindestens drei Mo-

nate Gefängnis stehen, die dem arbeitslustigen Wanderer dann auch zubilligt wurden. Diefelbe Strafe traf einen jetzt in **Steglitz** wohnhaften Arbeiter, der, um seinen freitenden Kindern eine warme Stube zu verschaffen, einem Zimmermeister von seinem Hülfzeug ein geringwertiges Brett entwendet hatte. Da auch er bereits wegen Eigentumsvergehens vorbestraft war, lag nach dem Buchstaben des Gesetzes **Rückfall-Diebstahl** vor und mußte trotz Anerkennung der Nothlage und Zustimmung mildernder Umstände gleichfalls auf drei Monate Gefängnis erkannt werden.

Bedeutend dicker als das Brett, das der arme Arbeiter gestohlen hatte, sind jedenfalls die Bretter vor den **Pöffen** der Gesehgeber, die solche Strafen auf geringfügige Eigentumsvergehen gesetzt haben. Die drakonischen Bestimmungen sollen zwar durch die geplante Justizreform gemildert werden, aber mit Rechtsverbesserungen geht es bei uns außerordentlich langsam. Finanz- und Wehrreformen werden dagegen sehr rasch vorgelegt und erledigt.

Ein „Schuhmann“. Der **Schuhmann** Richard **Staub**, der den Feldzug in China gemacht und 1907 bei der **Wagner** Schuhmannschaft eingetreten war, hatte sich wegen einer tohen Lat vor der Strafkammer zu verantworten. Im Dezember verhafteten zwei Fortbildungsschüler wegen unentschuldigter Ausbleibens aus der Schule mehrere Tage Gefängnis. Als der eine Schüler früher als der andere aus der Haft entlassen werden sollte, geriet der letztere in große Erregung und erklärte seinem Genossen, daß er sich an seinem Leibriemen erhängen wolle. Sein Genosse, der dies verhindern wollte, entriß ihm den Riemen. Durch das Geräusch veranlaßt, betrat **Staub**, der gerade Gefängnisdienst hatte, die Zelle und schlug mit dem Riemen auf den lebensmüden Schüler herab. Nicht genug damit, schleppte der **Schuhmann** den Riemen aus der Zelle und schlug ihn mit dem Kopf gegen die Tür. Im folgenden Tag mußte der Schüler aus der Haft zum Krankenhaus gebracht werden, wo er 14 Tage verblieb, da eine Hirnhäutentzündung festgestellt worden war. Daß diese Krankheit durch die Mißhandlungen des **Schuhmanns** hervorgerufen war, konnte nicht nachgewiesen werden. Die Strafkammer sah den Fall sehr miß an und erkannte nur auf 60 Mark Geldstrafe; der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Selbstmord eines Fliegerd. Der Militärflieger **John Verregt** in **Paris** kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, als erster mittelst der Flugmaschine seinen Leben freiwillig ein Ende bereitet zu haben. In der vergangenen Nacht hatte er mit seiner Geliebten einen Tanz; als er sich heute morgen aus seiner Wohnung entfernte, steckte er ihr Bild zu sich und sagte: Ich werde mir jetzt das Leben nehmen! Darauf begab er sich nach dem Flugfelde von **Chateaufort**, bestieg dort einen militärischen Flugapparat und umkreiste durch 45 Minuten die Bahn in Höhe von fünfhundert Metern. Dann stieg er bis auf zweihundert Meter hinab, warf die Arme in die Luft und sofort kaufte der **steterlos** gewordene Apparat in die Tiefe. Er schlug hart auf den Boden auf und erlitt schwere Beschädigungen. Verregt wurde als **Leiche** hervorgezogen. Die Offiziere, welche den Flug Verregts beobachtet hatten, erklärten, bevor sie von seiner Absicht, sich umzubringen, erfahren hatten, daß der Todessturz nicht durch Versagen der Flugmaschine verursacht worden sein konnte, denn deren genaue Untersuchung ergab, daß alle wichtigeren Teile vollständig in Ordnung gewesen sein mußten, als der Apparat zur Erde hinabstürzte.

Kindesentführung am helllichten Tage. Am helllichten Tage ist zu **Charlottenburg** ein 7-jähriges Mädchen entführt worden. Es handelt sich um die Tochter einer vom ihrem Mann getrennt lebenden Frau. Das Kind spielte vor der Haustüre mit anderen Kindern, als es plötzlich von einem fremden Manne gefaßt und trotz seines Schreies und Schreiens und trotz der Hilferufe des Kindes und der anderen Kinder mit Gewalt an einer Drochke gebunden und hinweggeführt wurde. Wer der Entführer ist, weiß man noch nicht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der eigene Vater des Kindes gewesen ist.

Verhaftung eines bewaffneten Verbrechers. Ein sehr gefährlicher **Bandit** wurde in der Person eines gewissen **Leon Berger** verhaftet, der der **Falschmünzerei** beschuldigt wird. Seiner Verhaftung wollte er sich durch Flucht auf einem **Bweirade** entziehen, wurde aber eingeholt. Berger trug mehrere Revolver und zwei **Drownings**, sowie reichlich Munition zu diesen Waffen bei sich.

Haubmord bei Köln. In **Ohligs**, einem Vororte von **Köln**, verübten zwei **Holländer** an einem **Schleifer** einen **Haubmord**. Sie überfielen ihn, nahmen ihm seine **Wohlfahrt** in Höhe von 20 Mark ab und brachten ihm so **Schmerz**

tatsächlich geschieht, so könnte ein Staatsanwalt den betreffenden Redakteur wegen Beleidigung vor Gericht ziehen — wie sehen aber voraus, daß der Vorstand des Gewerkschaftenvereins so vernünftig und anständig wäre, eine Klage nicht anzustrengen. Vor Gericht würde dann dem betreffenden Redakteur, ähnlich wie dem Redakteur der „Volkswacht“, wenn er sich unter Wahrung berechtigter Interessen rechtfertigen wollte, von irgend einem Gerichtspräsidenten die wohldurchdachte Frage entgegengehalten werden: Wenn jemand denjenigen, der den Franzosen hilft, einen Verräter nennt, fühlen sich dadurch die Franzosen beleidigt?

Die Nachfolger Staudingers.

Der „Stellenvermittler“ Leo Staudinger, der durch seinen wertvollen sogenannten „Stellenanzeiger“ viele Arbeitslose um ihre letzten Pfennige geprellt hat, ist f. B. von der hiesigen Strafkammer zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Seine Frau, Fräulein Martha Schwarz, führte das Geschäft weiter unter der Firma „Maameiner Stellenanzeigen für alle Branchen“ in Gemeinschaft mit den Kaufleuten Paul Schmidt und Erich Timm. Jeder Stellenfuchende, der sich meldete, mußte fünf Mark bezahlen, wofür er den „Stellenanzeiger“ bekam, der in Wirklichkeit ein wertloses Stück Papier war, für ein Vierteljahr geltend. Die in diesem Anzeiger angegebenen offenen Stellen waren allen möglichen Zeitungen Deutschlands entnommen und meistens schon längst belegt, wenn sich ein Abonnent des „Stellenanzeigers“ bewarb. In vielen Städten Deutschlands unterhielt dieses Unternehmen Filialen, deren Leiter an Fräulein Schwarz zunächst eine „Abfindungssumme“ für die zu liefernden Geschäftsunterlagen — Geschäftsbücher, Stempel, Briefe mit Aufdruck, Lebensbild usw. — zahlen mußten. Als Filialleiter für Berlin wurde im Juli 1909 ein junger Mann namens Theodor Malowatzki, der früher Theologie studiert hatte, von Fräulein Schwarz angenommen. Der zuvor 1000 Mark „Abfindung“ zahlen mußte. Timm fuhr mit Malowatzki seinerzeit nach Berlin und mietete für ihn auf der Dresdenerstraße ein möbliertes Zimmer mit Frühstück für monatlich 27 Mk., wo auch das Filialbüro eingerichtet wurde. Dann fuhr Timm wieder nach Breslau zurück und überließ den Geschäftsgewandten, kaum der deutschen Sprache mächtigen jungen Mann seinem Schicksal. Die Berliner waren nämlich viel zu schlau, um sich für das bedruckte Stück Papier fünf Mark abfinden zu lassen. Ja, sie drohten dem Filialleiter, ihm das Leder vollzuhauen. So war es erklärlich, daß Malowatzki nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Berliner Filiale schließen mußte. Von seinen 1000 Mark, die er dem fragwürdigen Unternehmen geopfert hatte, sah er natürlich nichts mehr wieder. Auf seine Anreise mußten sich am Dienstag Fräulein Schwarz, Schmidt und Timm vor dem Schöffengericht wegen Betruges verantworten. Das Gericht kam zu der Überzeugung von ihrer Schuld, nur Schmidt wurde freigesprochen. Timm, der wegen Unterschlagung schon bestraft ist, wurde zu einem Monat, Fräulein Schwarz zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

* Eine elektrische Fernbahn Breslau—Jobten

ist vor mehreren Monaten angeregt worden. Dieser Plan hat in den beteiligten Kreisen viel Beachtung gefunden, nahm jedoch allmählich eine andere Gestalt an. Maßgebend blieb allerdings der Gedanke, Jobten mehr und mehr als Vorort von Breslau auszugestalten und das Jobtengebirge für den Massenverkehr der Großstädler zu erschließen.

Die neueren Pläne, die namentlich von Jobten ausgehen und auf Vorschlägen des Stadtbaurats Berg in Breslau ruhen, gehen jedoch, nach der „Breslauer Zeitung“, noch weiter und sehen vor, nicht allein das Jobtengebirge, sondern zu gleicher Zeit auch den Eulengebirge dieser Wünsche und dem Bestreben der Bevölkerung Breslaus nutzbar zu machen.

Der Gedanke einer elektrischen Schnellbahn Breslau—Jobten hatte geteilte Meinungen hervorgerufen und auch das Flachland verhielt sich ablehnend. In Jobten ist man dagegen, den Massenverkehr nur auf einen Punkt zu sammeln; die Kommunalbehörden von Jobten wollen ihn verteilen. Dem entgegen der Weg, den Stadtbaurat Berg aus Breslau gemieden hat. Es wird hierbei allerdings auch gerechnet mit dem zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Breslau—Jobten, der nicht mehr allzulange auf sich warten lassen

Kopfwunden bei, daß der Verletzte nach kurzer Zeit im Krankenhaus starb. Die Räuber sind verhaftet worden.

Der beleidigte Nachwächter. Bei dem Dabrowitz-Beleidigungsdreizeh, der sich gegen unsere Zeitung richtete, ist in der Urteilsbegründung ein Vergleich gezogen worden zwischen der Schwere der Beleidigung, die man einem Minister zufügt und einer solchen gegen einen Nachwächter. Aber auch letzteren Beruf darf man nicht ungestraft belästigen, wie eine Verhandlung vor dem Braunschweiger Schöffengericht bewies. Als Beklagter hatte sich der Schneider Glimmer zu verantworten, der eines Tages im März einen Geburtsstag gefeiert hatte und in jeder lustigen Stimmung nach Hause schwankte. Als ihn ein städtischer Nachwächter zur Ruhe mahnte und ihn ermahnte, friedlich nach Hause zu gehen, erwiderte der Beklagte, er, der Wächter, solle ihn gehen lassen, denn er sei ja auch nur ein Sozialdemokrat. Wegen dieser Bezeichnung stellte der Wächter Strafantrag. In der Beweisaufnahme wurde noch festgestellt, daß der Beklagte seiner Fortführung entschieden Widerstand entgegengelehrt hatte und den Wächter noch verschiedentlich beschimpfte. Glimmer führte zu seiner Verteidigung an, daß er nicht so schnell habe gehen können, wie der Wächter es wünschte, da er ein laubtes Weim habe. Der Gerichtshof sah in der Bezeichnung „Sozialdemokrat“ gegenüber einem städtischen Beamten eine Beleidigung und verurteilte Glimmer zu 30 Mark Geldstrafe.

Soweit ging Herr Landgerichtsdirektor Mundry in seiner Urteilsbegründung nicht. Im Gegenteil, er bezeichnete auch die scharf überzeugten Sozialdemokraten als ganz arbeitswerte Leute. Man kann demnach von den Braunschweiger Richtern noch recht viel lernen.

Ja, Flamme! Seit Donnerstag morgen sieht in Bielefeld in Dörmteich-Schleien die Mitten in der Stadt gelegene große Tuchfabrik Geier in Flammen. Das Feuer konnte bis jetzt noch nicht lokalisiert werden. Ein Menschenleben ist zu beklagen; fünf Personen sind schwer verletzt worden.

Ein schweres Unglück. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und war in dem Schachte „Lohberg“ ereignete sich ein schweres Unglück durch plötzliches Niedergehen von Gestein. Neun Bergleute wurden vollständig verschüttet. Drei von ihnen waren von den schwersten Gesteinmassen sofort getötet worden, so daß man sie als gleichmäßig zugewichtete Leichen zu Tage förderte, zwei weitere sind schwer und drei leicht verletzt. Die drei Leichen sind geborgen. Die zwei Schwerverletzten werden wahrscheinlich nicht mit dem Leben davonkommen.

Eine aufregende Wendung in der Wenzelschen Wirtshaus. Eine aufregende Wendung haben die Ermittlungen zur Aufklärung eines Todesfalles genommen, der vor ungefähr 17 Jahren schon einmal zu dem Gerichte von einem schweren Verbrechen Veranlassung gab. Unter dem Verdachte des Mordes an dem Grafen Albert Wenzel zu Charlottenburg ist der Arbeiter Friedrich Fiedel verhaftet worden. Auch seine Gattin, die Frau des ermordeten Grafen, ist mit ihm in Waidersloh zusammengeführt, ist in Untersuchungshaft genommen worden.

durfte. Namentlich sollen die Mittel für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Roberwitz—Jobten—Ströbel bereits im diesjährigen Etat gefordert werden. Ist jedoch der zweigleisige Ausbau dieser Bahnstrecke erfolgt, dann kann die Elektrifizierung der Bahn Breslau—Jobten ins Auge gefaßt werden, und damit rechnet das erwähnte neue Projekt, das jetzt von der Stadt Jobten der Öffentlichkeit unterbreitet werden soll.

Es ist geplant die Verbindung der um den Jobten liegenden Ortschaften durch eine elektrische Bahn, die am Bahnhof Jobten beginnt und durch oder um die Stadt, dann aber um den ganzen Jobtenberg herumgeführt werden soll.

Der Gedanke geht aber noch weiter und sieht vor die Schaffung einer elektrischen Straßenbahn von dieser Ringbahn aus nach den Röllchenbergen, nach Reichenbach und weiterhin nach dem Eulengebirge zur Erreichung der Festung Silberberg und weiterhin nach der Heuscheuer und dem Stäger Gebirgsland.

Seitens Volkonzert.

Als Abschluß der diesjährigen Volkonzerte und letzte Veranstaltung des Bildungsausschusses findet nächsten Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, ein Konzert mit humoristischem Programm statt. Unter Kapellmeister Herr Müller hat folgende Stücke dafür ausgewählt:

- | | |
|--|------------|
| 1. Ouvertüre zur Operette „Die Fledermaus“ | Strauß. |
| 2. Die verlassene Mühle, Charakterstück | Ohnesorg. |
| 3. Ländliches Hochzeitsfest, Lonnemärche | Gjibulla. |
| 4. Kinder-Sinfonie | Haydn. |
| 5. Variation über den „Karnaval von Venedig“ | Frankl. |
| 6. Die Wiener im Lande, humorist. Potpourri | Komjak. |
| 7. Auftreten des berühmten schwarzen Paufers „Mara“ aus Sanitar. | |
| 8. Lustige Brüder, Walzer | Vollstedt. |

Die Programme zum Preise von 30 Pfg. sind im Parteisekretariat und in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Es empfiehlt sich, die Programme bald zu erwerben, da das Konzert sehr gut besucht sein dürfte.

* Der Kinematograph im Dienste der Schule.

Die erste Schule Deutschlands, die den Kinematographen ständig für den Schulunterricht eingeführt hat, ist die Volksschule in Jella-St. Blasii (Thüringen). Hier wurden mit großem Kostenaufwand Kinematographen-Apparate gekauft, die im Geographie- und Naturkunde-Unterricht verwandt werden. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, daß der Kinematograph auch anderwärts beim Unterricht in den Schulen verwendet wird.

Der Fall Traub kommt nicht zur Ruhe. Der gemäß regelle Charakter hat, wie bereits mitgeteilt, gegen das auf Strafverletzung lautende Urteil die höhere Instanz angezogen. Jetzt wird gemeldet, auch der Vertreter der Anklage, Kommissar Pein, hat Berufung eingelegt. Man ist also mit der Strafverletzung noch nicht zufrieden; der freimütige Geistliche soll noch härter bestraft werden. Ja, die Prommen versichern sich aufs Richteramt.

Als Redakteur für die „Breslauer Volkswacht“ wurde Genosse Franz Höcker, Schriftsteller in Berlin, gewählt. Er wird in sein neues Amt Anfang Mai eintreten.

Major a. D. von Donat, der wegen Beleidigung des inzwischen verstorbenen Oberstrombauinspektors, Baurat Hamel, seinerzeit zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, erreichte am Donnerstag vor dem hiesigen Strafkammer seine Freisprechung. Wir kommen auf den Prozeß noch zurück.

Teufel Alkohol! Am 23. Januar ging der Gelehrte Alois Wosniga vom Infanterie-Regiment Nr. 23 in Reife mit Kameraden von der Kaisergeburtstagsfeier nach der Kaserne. Er war betrunken, denn er trank 40 Glas Bier und Schnäpse genossen haben. Wosniga fiel mehrmals hin und schlug seine Kameraden. Einem Kameraden biß er einen Zeigefinger bis auf den Knochen durch und rannte gegen einen Jungen. Zwei Unvorsichtiger beschimpfte der Betrunkene, der Barouille, die ihn verhaften sollte, widerlegte er sich. Der Mann war vor rauchender Wut nicht zu bändigen. Der Schamlos hand ihm vor dem Mund, und er hatte einen steifen Hals, konnte aber noch sprechen und zehen. Das Kriegesgericht sprach ihm wegen hässlicher Trunkenheit frei, ebenso das Oberkriegesgericht. Der Oberkriegesgerichtsrat hatte zwei Jahre Gefängnis bestrahlt.

Bei den Leibkürassieren. Der Gelehrte und Berittener Robert Klein im hiesigen Leibkürassier-Regiment war wegen eines Rekruten vom Wachmeister ausgeschmüsst worden. Darüber ärgerlich, verlegte er im Stall beim Dienst dem Kürassier mit der Faust fünf Stöße auf den Kopf und in das Gesicht, so daß ihm die Nase blutete. Vor dem Kriegesgericht beantragte der Anklagevertreter, Gerichts-Affizier Müller, vierzehn Tage Mittelarrest, indem er betonte, den Soldatenmishandlungen könne nicht energisch genug entgegengetreten werden. Das Gericht erkannte nur auf acht Tage.

Aus dem Landkreise.

Der Landrat von Neumarkt und das Vereinsgesetz.

Schon wieder müssen wir uns mit dem Landrat des Kreises Neumarkt beschäftigen. Vor einiger Zeit hatte er im Neumarkter Kreisblatt eine Verfügung an die ihm unterstellten Polizeibehörden veröffentlicht, wie diese bei der Ausübung ihrer polizeilichen Befugnisse in Vereins- und Versammlungsangelegenheiten in Zukunft zu verfahren haben. Danach hätte die Polizei das Recht, zu Turnübungen eines Turnvereins Genossen zu schicken, wenn der Verdacht vorliegt, daß dabei öffentliche Angelegenheiten berührt werden. Auch soll die Polizei berechtigt sein, von einem unpolitischen Verein (Gewerkschaft, Sportvereine usw.) Auskunft über die Mitglieder zu verlangen, ebenso könnten die Vereinsabende der Kabarett, Übungskunden der Sänger usw. polizeilich überwacht werden, wenn lauth in dem Lokale öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Auch brauche sich die Polizei in solchen Fällen durchaus nicht an das Hausrecht halten, ja nicht einmal an die Bestimmungen über gar die Beschränkungen, die das Gesetz vorschreibt. Das ist nach der Ansicht des Landrats vollständig unzulässig; hier erscheint die Polizei als die Obrigkeit. Diese Verfügung des Landrats dürfte nicht so gleichgültig hingenommen werden. Deshalb legte der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins für Breslau/Land-Neumarkt, Genosse Scholich, beim Regierungspräsidenten Beschwerde ein, damit dieser dem Landrat die nötigen Anweisungen gebe, wie das Vereinsgesetz aufzufassen ist und sich die Polizeibehörden zu verhalten haben. Denn eine ganze Anzahl Verbote von Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten konnten festgestellt werden und diese waren, nach den Anklagen der unteren Polizeibehörden, auf das ausdrückliche Verlangen des Landrats zu erlassen. Genosse Scholich erhielt von dem Regierungspräsidenten folgenden Bescheid:

Von Ihrer Eingabe vom 4. August d. Js. betreffend die Anklage des Reichsvereinsgesetzes im Kreise Neumarkt, habe ich Kenntnis genommen. Gleichzeitig bemerkte ich, daß ich Ihnen ein Bescheidurteil nur für diejenigen praktizier-

Einzelfälle zuerkennen kann, in denen Sie durch polizeiliche Verfügung direkt betroffen sind. In sonstigen Fällen und gegen generelle Anordnungen sieht sich ein Bescheidurteil nicht zu. Im übrigen erwelle Sie auf die im preussischen Verordnungsblatt, Jahrgang Seite 416 f. f. abgedruckten Erkenntnisse des Königlich-Oberverwaltungsgerichts vom 24. Januar d. Js. und sonstige einschlägige Literatur.

Hiermit findet auch Ihre, dieselbe Angelegenheit betreffende Eingabe an den Herrn Minister des Innern vom 8. August d. Js., die an mich zur Verfügung abgegeben worden ist, ihre Erledigung.

So, da haben wir es, der Landrat hat recht. Genosse Scholich legte weitere Beschwerde beim Minister des Innern ein, aber auch dieser hielt seinen Stand über dem Gebot von Lettenborn und Scholich wurde abgewiesen.

Nur alledem ist zu ersehen, wie schwer es ist, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf dem Lande heimlich zu machen. Auf Schritt und Tritt begegnen wir den sonderbarsten Auslegungen des Vereins- und Versammlungsrechts, die uns zwar in unserem weiteren Vordringen keineswegs hindern, aber doch einen ständigen Kampf erfordern. Die Genossen im Landkreise werden nicht erlahmen und kämpfen, auch in der Zukunft trotz alledem. Dann wird es noch größeren Erfolgen nicht fehlen.

Genarm Kreischner I und Deutsch-Bissa

erlebte am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Breslau eine arge Enttäuschung. Genosse Scholich gab Anfang März 1909 ein Flugblatt heraus, das in Deutsch-Bissa einige Tage vor der Gemeindevertreter-Wahl unter der Arbeiterschaft verbreitet wurde. Weil es in dem Flugblatt hieß, die Arbeiter haben nur Steuern zu zahlen, sich von der Voltzeit schikanieren zu lassen, konnt ab dem Mund zu halten, fühlte sich der Genarm Kreischner beleidigt und stellte gegen den Genossen Scholich Strafantrag, dem sich der Amtsvorleser von Deutsch-Bissa, Herr Kunert, angeschlossen. Der Staatsanwalt erhob auch auf die öffentlichen Interesse. Anklage, obwohl der Name dieses Genarmen in dem ganzen Flugblatt nicht einmal angedeutet war.

Der Vorsitzende des Schöffengerichts, Assessor Wandmann, fragte den Genarmen: „Wieso fühlen Sie sich denn durch das Flugblatt beleidigt?“ Genarm Kreischner: „Der Angeklagte Scholich hat bisher keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, um mich zu kränken und zu beleidigen; einmal sagte er sogar, ich verstand nichts vom Vereinsgesetz.“ Der Genarm erzählt darauf eine ganze Reihe Zusammenstöße, die er meistens in Versammlungen mit Scholich schon gehabt haben will.

Genosse Scholich richtete an den Genarmen die Frage: „Ist es wahr, daß Sie gegen mich, gelegentlich einer Verhandlung vor dem Neumarkter Schöffengericht auf dem Gerichtsstande äußerten: „Ins Gefängnis mühten die Hunde! Ich müßte Gefangenauer sein! Alle Tage müßten sie Diebe kriegen und aus dem Spudnapf freissen!“

Genarm Kreischner (stichtlich verlegen): „Von Dieben habe ich nichts gesagt. Aber das habe ich zum Genarmen Deil gesagt, daß es gar keinen Zweck hat, solche Leute mit Geldstrafen zu belegen, aus denen sie sich doch nichts machen. Ich war allerdings der Meinung, daß solche Leute gleich ins Gefängnis gesperrt werden müssen, damit sie nicht ausüben können, wie Albert es getan hat.“

Rechtsanwalt Wandmann: „Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich seinerzeit selbst Zeuge war, wie der Genarm Kreischner gegen meinen Klienten und seine Gefinnungsgenossen äußerte: „Die Kerle mühten aus dem Spudnapf freissen.“

Genarm Kreischner: „Ja, das war doch aber nur eine ganz allgemeine Redensart.“ Das Flugblatt wird darauf vollständig vom Vorsitzenden verlesen und die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung des Genarmen als erwiesen, weil Scholich gegen diesen nach der Meinung des Anklagevertreters „anomos gestimmt“ sei. Er beantragte zweihundert Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt Bandmann anwesend in seiner Verteidigungsrede besonders darauf hin, unter „Polizeischikane“ braucht man nicht immer den Vorwurf der Geheißverletzung verstehen; es kann sehr wohl auch damit gesagt sein, die Polizei handhabt ihre Amtsbefugnisse zu schroff. Das Flugblatt spricht auch nur ganz allgemein davon und der Volkswache, der in einem Dorfe bei Memel wohnt, hätte eben so wenig ein Recht gehabt, sich durch das Flugblatt beleidigt zu fühlen, wie Kreischner. Daß sich Kreischner beleidigt fühlt, zeigt nur zu deutlich, wie sehr er, als untergeordneter Beamter, seine Position und seine Bedeutung überschätzt. Aber selbst, wenn man die Stelle des Flugblattes auf Kreischner bezieht, worin jedoch jeder Anhaltspunkt fehlt, so liegt keinesfalls eine Beleidigung vor. Wenn es dem Herrn Minister des Innern erlaubt ist, einen großen Teil seiner Beamten als Lügner, Peiniger und Eiddrücker zu bezeichnen, so wird wohl auch dem Amtsgenossen das Recht zustehen, in der Wahl seiner Worte nicht so wahllos zu sein.

In seinem Schlusswort ging Genosse Scholich sehr eingehend auf die Ausführungen des Zeugen Kreischner ein, der nicht nur mehrere Unrichtigkeiten behauptet, sondern auch Dinge erzählt habe, die mit dieser Anklage nicht das Mindeste zu tun hatten. Er fuhr dann fort: „Ich habe beim Schreiben des Flugblattes gar nicht an Kreischner gedacht. Ich war als Vorsitzender und Parteisekretär des sozialdemokratischen Vereins nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, auf die Angriffe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der sich ganz unausgesprochen in den Wahlkampf einmischte, durch ein Flugblatt zu antworten. Nicht nur der Reichsanwalt von Bethmann Hollweg sprach bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes von Polizeischikanen. Auch der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück erklärte bei späterer Gelegenheit im Reichstage: „Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich mit dem preussischen Minister darin einig bin, daß sowohl bei der Handhabung des Vereinsgesetzes im Allgemeinen als auch besonders bei der Entscheidung auf Geheiß wegen Veranlassung von öffentlichen Versammlungen grundsätzlich die Heranziehung an sich unzutreffender Gesichtspunkte ebenso wenig zu billigen ist, wie die Verwendung von Scheingründen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine ausreichende Unterlage finden und geeignet sind, den Beamten dem Vorwurf schikanöser Handhabung der Geheiß auszuliegen.“

Schon mancher hohe Gerichtsbeamte hat bei Straßenabsperrungen und ähnlichen, mißunter ganz verfehlten Maßnahmen der Polizei von „unnötigen Polizeischikanen“ gesprochen. Dabei sind alle diese Ausdrücke viel schärfer und größer, als die ha mlose Wendung im Flugblatt.“

Neben Genossen Scholich standen in der Anklagebank die Buchdruckereibesitzer Anke und Richter aus Breslau wegen „Beihilfe zur Beleidigung“, weil sie den Druck des Flugblattes beordert hatten. Gegen sie beantragte der Vertreter der Anklage je 25 Mark. Herr Rechtsanwalt Bandmann nahm Gelegenheit, die Freisprechung auch dieser beiden Antragsteller zu beantragen und eingehend zu begründen. Der Gerichtshof überlegte sich von der Schuldlosigkeit Scholichs und sprach sowohl ihn, wie die beiden Drucker auf Kosten der Staatskasse frei.

Ehe sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, erhob sich Kreischner hastig von der Reigenbank, legte sich seiner Helm an und trat in strammer Haltung mit durchgehenden Rutehaken vor den Richterlich. „Na was wollen Sie noch? fragte ihn der Vorsitzende. „Ich möchte mich nur gegen die Anwendung des Herrn Rechtsanwalts wenden der...“

„Ich was, sehen Sie sich gefälligst hin, die Beweisaufnahme ist geschlossen“ belegte der Vorsitzende des Zeugen, der seinen Helm wieder abnahm und sich niederlegte. So erlebte Kreischner in Breslau eine Niederlage, an die er hoffentlich noch lange denken wird.

Die Baggerungen in der Oder. Auf eine Eingabe Breslauer Sandschiffer hat das königliche Wasserbauamt folgende Anordnung erlassen:

Es wird seitens des Wasserbauamtes eine schärfere Kontrolle der von privater Seite in der Oder ausgeführten Baggerungen von Sand und Kies für notwendig erachtet und bestimme ich daher folgendes:

1. Sämtliche Sandbänke und Brähme dürfen von jetzt ab nur bis zu der in der Polizeiverordnung vom 16. 5. 1908 § 7 Abt. 3 vorgeschriebenen bordsfreien Höhe beladen werden.
2. In der Zeit von abends 8 bis morgens 6 Uhr darf niemand ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Vorstandes des Wasserbauamtes in der Oder baggern, weil sonst die Kontrolle der Baggerungen nicht durchführbar ist.
3. Bei Einstellung von Arbeitern sind in erster Linie die Sandschiffer zu berücksichtigen, bevor fremde Arbeiter eingestellt werden.
4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügungen haben die Entziehung des Baggerscheines zur Folge.

Wegener.

Während die Einhaltung der Punkte 1 und 2 von den Beamten des Wasserbauamtes überwacht werden wird, will sich die Organisation, der die Sandschiffer angehören, es angelegen sein lassen, aufzupassen, daß der dritte Punkt bei den betreffenden Baggergesellschaften die nötige Beachtung findet. Sie wird alle ihr zur Kenntnis gelangenden Uebertretungen unnahezu ausschließlich zur Anzeige bringen.

Die Maßnahmen stehen aber recht wenig im Einklange mit einer Verweisung der Sandschiffer, die heute, Freitag Vormittag, erfolgte. Nur die Sand- und Kiesbagger-Gesellschaft 'Lagerer' etc. Das würde im Effekte auf die Umbringung der Kleinen hinausgehen und muß wesentlich auf einem Mißverständnis beruhen.

Wieder ein verfallener Stadterwerb etc. Der Wasserbauamter und Stadterwerbter Lichner ist am Mittwoch im Alter von 86 Jahren gestorben. Er gehörte der Richtung der Verarmung seit 7 1/2 Jahren an, zählte aber zu ihren sympathischen Männern. Auch die Wädiger müssen also im Herbst eine Neuwahl vornehmen.

Über die der hiesigen Wasserbauamter Robert Hein, der Inhaber der alten, wägen von der Genossenschafts-Brauerei erworbenen Weinstock-Brauerei, gestorben. Der Verfallene hat ebenfalls vom Jahre 1911 bis 1912 als Stadterwerbter gewirkt.

Die selbständigen städtischen Verwaltungen, die mit dem großen Bauhaushalt der Stadt Breslau nicht verbunden sind, haben jetzt ihre Haushaltspläne veröffentlicht. Es handelt sich um den Schießstand und das Schießweien, die städtische Feuerzersetzung, die Altersversorgungsanstalten, die Kinderkrippen und andere Wohlfahrtsanstalten und Stiften. Der Plan der Sparkasse ist nach einem Beschluß der Stadterwerbterversammlung nicht mehr aufgestellt und durch eine Kassenerweiterung ersetzt worden. Die wägen der selbständigen Verwaltungen werden demnächst in der Stadterwerbterversammlung beraten und endgültig festgestellt.

Die Steuern der Synagogengemeinde. Die Repräsentantenversammlung hat am Mittwoch beschlossen, die Steuer für die Jahre 1912-1914 von je 100 Mk. des staatlich veranlagten Einkommens 60 Pf. in der Stadt Breslau und 40 Pf. im Landkreise zu erheben. Das ist derselbe Steuerfuß wie im vorigen Jahre.

Der Volkserhaltungsausschuss, den die beliebte Volkssänger-Gesellschaft Strelewicz Dienstag, den 23. April, im Gewerkschaftshaus veranstaltet, verspricht allen Besuchern einige heitere, genussreiche Stunden. Programme für 19 Abt. sind zu haben in den Zigarrengeschäften von Berndt, Leuthenstraße 52, Tische, Humboldtstraße 8, Kogerke, Matthiassstraße 26, Reichel, Matthiassstraße 140, Hoffmann, Gräbischenerstraße 124, Janik, Hubenstraße 82, im Fahrradgeschäft von Dpig, Jodtenstraße, im Parteisekretariat, in der Expedition der 'Volkswacht', im Gewerkschaftshaus und bei den Distriktsführern.

Freie Turnerschaft Breslau. Die diesjährige Frühjahrs-Kartoffel- und Peringspartie wird Sonntag, den 21. April nach Groß-Weigelsdorf bei Hundsfeld unternommen. Treffpunkt für die Teilnehmer, welche die Partie zu Fuß machen, Endstation der Elektrischen in Schönlitz hinter der Fürstenbrücke. Abmarsch Punkt 1 1/2 Uhr. Alle anderen Teilnehmer, die mit der Eisenbahn fahren, treffen sich Punkt 2 Uhr auf dem Oberbahnhof. Da sich diese Partie schon seit Jahren des größten Zuspruchs erfreut, sind auch für diesmal von der Kommission umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, um den Teilnehmern ein paar verlässliche Stunden in Turnertreiben zu bereiten. Alle Freunde und Gönner der freien Turnerschaft sind eingeladen.

Abtina, Tabakarbeiter! Sonntag, den 21. April, nachmittags 1 Uhr, wird im Zimmer 1 des Gewerkschaftshaus unter regelmäßiger Quartalsversammlung abgehalten. Wichtige Tagesordnung.

Vermiethung. Der Vofenerstraße 16 a wohnhafte Danbels-reisende Paul Bild wird seit einiger Zeit vermietet. Der 1,70 Meter große Mann hat dunkles Haar, ebenförmigen Schnurbart, blaue Augen und trägt grauen Anzug, schwarzen Mantel mit Sammetverkleidung, weichen grünlichen Filzhut und schwarze Schnürschuhe.

Schwerer Straßenfall. Ein Russischer aus Belgisch-Kreis Breslau, überfuhr mit seiner Kutische am Donnerstag nachmittags 2 Uhr auf der Matthiassstraße vor der Universitätsbrücke den Buchhalter Karl Poppe aus Herrnproffsch, der am Kopf eine schwere Verletzung erlitt und bewußtlos liegen blieb. Vorübergehende zogen den Feuermelder, jedoch die Feuerwache von der Eibingstraße und die Hauptwache am Wäse erlöschten. Samariter der Feuerwehr legten einen Krankenwagen an und schafften den Verletzten mittels ihres Krankenwagens in das Allerheiligenhospital, wo der Verletzte am Freitag mittag noch nicht vernehmungsfähig war.

Durch Radfahrer überfahren wurden am Donnerstag nicht weniger als drei Kinder. Nachmittags 1 Uhr überfuhr ein Schloffer von der Königsgrabenstraße mit seinem Kase auf der Gustav Freitagstraße den 5-jährigen Knaben Johannes Sperlich, Hubenstraße 45. Das Kind erlitt Verletzungen am Kopf und am Knie und wurde in das Krankenhaus Verthesda gebracht. Nach Anlegung eines Verbandes brachte man den Knaben in die Wohnung der Eltern. Um dieselbe Zeit wurde auf der Gräbischenerstraße der vierjährige Knabe Alfred Brigg, Luisenstraße 14, durch einen Radfahrer überfahren und durch Abschürfungen und eine Verletzung am linken Knie davon. Abends kurz nach 7 Uhr fuhr ein Anstreicher von der Holentalerstraße auf der Kohlenstraße mit dem Kase d m 6-jährigen Knaben Karl Birnstiel, dem Vflageknecht eines G-Sturms von dieser Straße, in den Rücken. Das Kind stürzte und schlug mit dem Kopf so schwer auf das Straßenpflaster auf, daß es die Verletzung verlor und von seinem Pflegevater in die Wohnung getragen werden mußte.

Unfall beim Beobachten der Sonnenfinsternis. Beim Beobachten der Sonnenfinsternis auf dem Schulhof der Volksschule auf der Holentalerstraße kam ein Schüler so unglücklich zu Fall, daß er eine schwere Antischlagverletzung erlitt. Der Ver-

gerusene Samariter der Feuerwehr schafften den Knaben nach Anlegung eines Notverbandes in seine Wohnung.

Gefunden wurden ein Vincenz mit Uhr, eine goldene Damenuhr, eine silberne Damenuhr, eine silberne Herrenuhr, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Kasten mit einer Trompete. Zu erfragen im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Neueste Nachrichten.

Zum Dardanellenbombardement.

Wien, 19. April. Die hiesige Presse bezeichnet das Bombardement der Dardanellen durch die italienischen Kriegsschiffe als einen neuerlichen großen Fehler der italienischen Flotte und Seeresetzung, und zwar als einen Fehler, der leicht zur Aufstellung der Dardanellenfrage führen dürfte.

Konstantinopel, 19. April. Verschiedene Meldungen aus Smyrna berichten von einem heftigen Bombardement des offenen unbefestigten Hafens von Samos. Die auf einer ziemlich hohen Höhe liegende Kaserne und das Munitionsdépôt wurden um 5 Uhr morgens von einem italienischen Kanar beschossen. Genauere Einzelheiten fehlen noch. Es ist noch nicht bekannt, welchen Schaden das Bombardement anrichtete.

Konstantinopel, 19. April. Da die italienische Flotte sich wieder von Kumlale entfernte, ohne nennenswerte Resultate erzielt zu haben, glaubt man hier, daß es sich nicht um eine Fortsetzung der Dardanellen handelt, sondern daß es den Italienern nur um eine Flottendemonstration zu tun war. Die türkische Regierung ist davon fest überzeugt, daß die Italiener die Dardanellen nie forcieren werden können. Die Ausweisung der Italiener aus der Hauptstadt Konstantinopel und aus der gesamten Türkei steht nunmehr unmittelbar bevor. Die Flotte teilt sofort das Bombardement der italienischen Kriegsschiffe vor der Dardanellen allen ihren türkischen Vorgesetzten im Auslande mit. Von einer Rückkehr der italienischen Kriegsschiffe nach den Dardanellen weiß man nichts.

Die Folgen der italienischen Flottenaktion.

Konstantinopel, 19. April. Die Flotte gibt offiziell bekannt, daß die Durchfahrt durch die Dardanellen durch die Italiener für alle Schiffe geschlossen ist. Die Nachrichten riefen in der Stadt große Erregung hervor. In der Börse trat im ersten Augenblick eine harte Baile ein, die auf die Nachricht von der Beendigung des Bombardements nachließ. In offiziellen Fortsetzungen glaubt man, Italien wolle die Türkei nur einschüchtern. Die Deputierten sind erstaunt, daß Italien die Aktion unternommen hat, ohne die Antwort der Flotte auf die Schritte der Mächte abzuwarten.

Konstantinopel, 19. April. Die französischen und die russischen Schiffsahrtsgesellschaften erhoben bei der Flotte Einsprüche gegen die Schließung der Dardanellen und verlangen eine tägliche Entschädigung von 200 Pfund.

Konstantinopel, 19. April. Amtlich noch nicht veröffentlichte Nachrichten der Flotte besagen, daß das beschädigte italienische Kriegsschiff mit Hilfe anderer Schiffe bis nach Tenedos sich fortgeschleppt konnte, wo es im letzten Grunde festgelaufen. Später zog sich der Hauptteil der Flotte in der Richtung auf Lemnos zurück und erschien abermals vor Kumlale, um die Beschießung wieder aufzunehmen. Nachrichten hierüber fehlen aus. Ein Kabel soll zerbrochen sein und nur ein Kabel der Regie zur Verfügung stehen. In Fortsetzungen befürchtet man einen nächsten Angriff auf die Dardanellen.

Ueber die Beschießung der Dardanellenforts wird weiter gemeldet: Die italienischen Kriegsschiffe gaben 180 Schüsse ab, von denen ein einziger die Kaserne im Fort Sedd il Bar beschädigte. Die Kaserne von Orante und Kumlale wurden auch von den Geschossen erreicht, sie erlitten aber keinen ernstlichen Schaden. Am Bord des italienischen Kriegsschiffes, das von den Projektilen des Forts Orant schwer beschädigt wurde, brach Feuer aus.

Der Aufruhr in Marokko.

Paris, 18. April. Eine Note der 'Agence Havas' besagt: General Moinier beorderte Truppen aus Sahablanca nach Meknes, die die nach Fez abgezogenen Truppenteile ersetzen sollen. Moinier ersuchte Moinier um seine Meinung über eventuelle Truppenbewegungen nach Marokko. Eine weitere Note der 'Agence Havas' besagt: Frankreich verliert in Marokko über 20.000 Mann. 6000 befinden sich in der Gegend von Meknes und Fez, 3200, nämlich die Kolonne Litta, 100 Kilometer von Fez entfernt, 11.000 im Gebiete von Rabat. Die französischen Truppen bestehen aus 6000 Mann, die von französischen Offizieren befehligt werden. 4000 befinden sich in Fez, 1000 in Ceira, 1000 in Kasbah Elagzer.

Vom Unglück der 'Titanic'.

London, 19. April. (Telegramm der Schles. Ag.) Die 'Carpathia' ist während der Nacht um 2 1/2 Uhr mitteleuropäischer Zeit in den Hafen von New York eingedampft. Das Schiff kam zwei Minuten vor 1 Uhr bei Sandy Hook vorbei, begleitet von einer großen Schar kleiner Dampfer, die der 'Carpathia' entgegengefahren waren und von ihr auch zahlreiche photographische Aufnahmen machten. Bisher sind noch keine weiteren Einzelheiten über den Untergang der 'Titanic' veröffentlicht worden. Der Kapitän der 'Carpathia' läßt keinerlei Informationen von seinem Schiffe an das Land gelangen. Die Situation wird dadurch immer geheimnisvoller und unverständlicher. Kurz vor dem Eintreffen der 'Carpathia' wurde plötzlich bekannt gegeben, daß zweihundert Leichen an Bord seien — nach einer anderen Meldung nur fünfzig Leiche und 150 Bewußtlose — und man weiß noch nicht, ob es sich um Leichen handelt, welche die 'Carpathia' nach der Katastrophe aus dem Meere aufgefischt hat, oder um solche den lebend geretteten Fahrgästen, die erst an Bord der 'Carpathia' gestorben sind. Auch sonst machen die bisher veröffentlichten Angaben über die Toten keinen ganz glaubwürdigen Eindruck. Der Präsident des Britischen Rotkreuzes erklärte gestern Abt. im Unterhause, es seien 2208 Personen an Bord der 'Titanic' gewesen, als das Schiff Southampton verließ, während die White Star-Linie noch vor drei Tagen bekannt gab, daß das untergegangene Schiff 2368 Menschen an Bord gehabt habe. Man weiß auch noch nicht genau, wie viele Gerettete die 'Carpathia' mitbringt. Bisher sind vom Kapitän dieses Schiffes nur 466 Namen bekannt gegeben worden. Es fehlen immer noch die Namen von 21 Männern, 40 Frauen und 4 Kindern, alle von Fahrgästen erster und zweiter Kajüte. Es ist aber nicht unmöglich, daß sich unter ihnen Gerettete finden, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnten, weil das Wetter seit mehreren Tagen der Funktelegraphie sehr unzulänglich ist.

Senator Schmidt erließ gestern Abend eine Erklärung, in welcher er sagt, es beunruhigt ihn, daß die überlebenden Offiziere und Mannschaften der 'Titanic' gar nicht ans Land gebracht, sondern sofort auf dem Dampfer 'Cebric' eingeschifft werden sollen, um sofort wieder die Heimreise nach Southampton anzutreten. Die White Star-Linie will auf diese Weise die überlebenden Offiziere und Mannschaften der 'Titanic' der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten entziehen. Die Regierung der Union ist aber fest entschlossen, die genaueste Untersuchung über die Ursache des Unterganges der 'Titanic' anstellen, in der Hoffnung, hierbei von der White-

Star-Linie unterstützt zu werden; denn sonst würde sie sich gezwungen sehen, zu anderen Maßnahmen gegen diese Gesellschaft zu greifen.

Drehlers Verhaftung.

Petersburg, 19. April. Die Verhaftung des deutschen Grenzkommissars Drehler aus Ebdilubnen ist wegen Verdachtes der Spionage erfolgt. Grenzkommissar Drehler in Ebdilubnen wird beschuldigt, mindestens schon seit sechs Jahren einen real-rechten Spionagedienst eingerichtet zu haben. Seine häufigen Besuche in Ausland waren schon längst aufgefallen und seit über zwei Jahren bereits scharf beobachtet worden. Nachdem nun genügend Material ansammelt worden war, veranlaßte das Kaiserliche Bezugsgericht Drehlers Verhaftung. In Romo wurden sechs Personen, die angeblich von Drehler ebenfalls zur Spionage verleitet worden waren, und die in Drehlers Diensten standen und von ihm bezahlt wurden, ebenfalls verhaftet. Die strengste Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Die Einzelheiten der aufsehenerregenden Spionage-Affäre werden sofort noch streng geheim gehalten.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand in Pegel, in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer	Wasserstand in Höhe über Meer					
18. 4. 11 72,0	82,2	231	0,8	3,7	6,1	7,4	4,7	2,8	1,6	1,1	5,10	0,75	1,24	2,08
18. 4. 11 78,0	87,2	231	0,04	3,6	1,94	4,76	7,17	1,56	5,14	0,68	1,51	2,08		
Mittel 11,83	10,98	12,12	0,42	2,46	0,74	4,07	2,38	1,68	1,50	0,00	0,14	1,88	0,45	

* Anmerkungsbeilage. Rechnung S. 50; für Pegel (Oder) Höhe-Niedrigung 8,27

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Zeit	11. April	12. April	13. April	14. April	15. April	16. April	17. April	18. April	19. April
Temperatur (C)	+10,8	+8,2	+8,9	+15,2	+12,9	+6,0	+6,0	+6,0	+6,0
Luftdruck (mm)	757,6	766,9	765,6	766,0	763,3	753,2	753,2	753,2	753,2
Luftfeuchtigkeit (%)	84	84	81	82	82	82	82	82	82
Wind (m/sec)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Wetter	heiter	heiter	heiter	heiter	heiter	heiter	heiter	heiter	heiter

* Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Quittung.

Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter gingen ein:

Bereits quittiert 408,75 Mk.
Verband der Zimmerer 25, —
Lüte 1, 2, 3, 4, Bäcker 27,45 "
Von Ratsch 2, — "
Lüte 160, Sattler 6,00 "
" 145, Kilschmer 5,05 "
" 256, 257, 258, 259, 260, Schiffszimmerer 21,55 "

Zusammen 496,40 Mk.

Es steht noch ein großer Teil Sammelkisten aus. Die Sammelkisteninhaber wollen das beherzigen, damit nicht erst die Veröffentlichung der Sammelkisten erfolgen braucht.

Alfred Weiter, Kassierer, Nikolaisstr. 18/19.

Verammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.**
Freitag, den 19. April:
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Sonntag, den 20. April:
Schwimmverein Poseidon. Stiftungsfest im großen Saal.
Modellmacher. Verammlung im Billardzimmer.
Gärtner-Verband. Verammlung im Zimmer 3.
Bildhauer. Verammlung im Zimmer 5.
Cipercanto-Verammlung im Zimmer 6.
Sonntag, den 21. April:
Bauarbeiter-Verband. Vormittags 10 Uhr: Verammlung im großen Saal.
Gymnastisches Konzert. Nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saal. Anschließend Tanzkränzchen.
Bauanschläger. Vormittags 10 Uhr: Verammlung im Zimmer 2.
Tabakarbeiter-Verband. Nachmittags 3 Uhr: Verammlung im Zimmer 2.
Kranienkaffe der Wäthler. Nachmittags 4 Uhr: Verammlung im Zimmer 3.
Folierer. Vormittags 9 Uhr: Verammlung im Zimmer 5.
Montag, den 22. April:
Frauen-Abend im Zimmer 1.
Fruhrer-Abend. Verammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.
Land-Distrikt 1. (Bezirk Steine, Rantich, Jäschowitz.) Sonntag, den 21. April, vormittags 9 Uhr: Mitgliederzusammenkunft. Wo, sagt der Bezirksführer. Ein Redner ist anwesend.
Land-Distrikt 4. (Rosenthal.) Sonnabend, den 20. April, abends 8 Uhr, bei Wärg in Rosenthal: Zusammenkunft der Landboten- und Jungblatverleiher. Besprechung über den 1. Mai. Der Vorstand des Gesangsvereins wird ersucht, zur Stelle zu sein.
Land-Distrikt 5. (Bezirk Ostw.) Sonnabend, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung und Abschluß beim Gastwirt Kaluga. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Srowig. 2. Die juristische Angelegenheit: Gemeindevwahl. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.
Land-Distrikt 10. (Opperau.) Montag, den 22. April, abends 8 Uhr, bei Wierowitz in Opperau: Mitteilerversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Srowig. 2. Unsere Maifeier. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder sind mitzubringen.
Land-Distrikt 11. (Bezirk Bettlern, Sohe, Grünhübel.) Sonntag, den 21. April, vormittags 9 1/2 Uhr, beim Gastwirt Knaphalla in Bettlern: Außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Srowig. 2. Die neue Distriktsbestellung. 3. Unsere Maifeier. 4. Verschiedenes.
Land-Distrikt 13. (Bezirk Oltaschin.) Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr: Gemeindevahl-Verammlung in Oltaschin. Tagesordnung: 1. Der befehligte Gemeindevorsteher. Redner ist Genosse Srowig. 2. Verschiedenes. Genossen, die Wahl in Oltaschin mußte, als unglücklich erklärt werden; deshalb ist Mittwoch, den 24. April, nachmittags 8 Uhr, in Oltaschin eine Neuwahl vorzunehmen.
Land-Distrikt 14. (Verbau, Tarrag.) Sonntag, den 21. April, früh 6 Uhr: Treffen sich alle Genossen zu gemeinsamer Arbeit bei Galle, Hippelstraße. Jedes Mitglied sollte erscheinen, da viel zu tun ist. Der Distriktsführer.
Land-Distrikt 17. (Wentzsch-Düna.) Sonntag, den 21. April: Landbotenvermittlung. Das Material wird Sonntag früh 6 1/2 Uhr bei Folger ausgegeben. Die Genossen müssen zahlreich erscheinen.
Land-Distrikt 18. Sonnabend, den 20. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wärg in Rosenthal. Tagesordnung: 1. Die Maifeier. 2. Landbotenvermittlung. 3. Besprechung über die Gemeindevahl.

Am 17. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, verschied plötzlich infolge Schlaganfalls mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegervater und Grossvater, der Brauerarbeiter

Ernst Schubert

im Alter von 61 Jahren 10 Monaten. 5318

Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. ds. Mts., nachm. 2 Uhr, vom Barmherzigen Brüderkloster aus nach Dürrgoy, statt.

Am 16. April verschied plötzlich unser Kollege, der Lackierer

Willy Veith

im 45. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Verband der Maler und Lackierer etc. Filiale Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Allerheiligen-Hospitals nach Oswitz. 3350

Am 16. April ereilte der Tod, infolge Unglücksfalles, unseren lieben Mitarbeiter, den Schlosser

Max Harder

im Alter von 33 Jahren.

Sein biederer Charakter und sein kollegialischer Sinn sichern ihm bei uns ein ehrendes und bleibendes Andenken.

Sämtliches Werkstatt- und Wertpersonal der Schlesienschen Dampfer-Kompagnie.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel aus. 5349

Am 16. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Max Harder

im Alter von 53 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder d. Deutsch. Metallarb.-Verbandes (Verw. Breslau).

Beerdigung: Sonnabend, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Barbara-Friedhofes in Cosel. 5348

Am 17. d. Mts. starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege

Adolf Lamke

im Alter von 54 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Arbeiter u. Arbeiterinnen der Korkfabrik N. Schäffer Kl.-Tschansch bei Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 20. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy. 5357

Am 17. ds. Mts. verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Korkarbeiter

Adolf Lamke

im Alter von 54 Jahren. 5305

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Breslau).

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy.

Am 17. April entschlief sanft nach längerem Leiden unser Vereinsmitglied

Herr Wilhelm Hanke.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Lotterie-Verein Bischofslust.

Beerdigung: Sonntag, den 21. April von der Leichenhalle (St. Nikola) in Cosel. 5308

Stadtbekannt
sind für 5344

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute

meine vorzüglichen

3 draht Leder-Hosen, ohne Leitz 5.50 Mk.
3 draht Leder-Hosen, mit Leitz 6.00 Mk.
Samthosen, Westen, sowie sämtl. Berufskleidung.

Eugen Hamburger, Bohrauerstr. 25,

 **Umsonst**

geben Sie Ihr Geld aus, wenn Sie minderwert. Marken kaufen. Panther, Kaiser u. Wolf haben sich glänzend bewährt. Die Modelle 1912 sind unübertrefflich.

Josef Swienty

Fahrrad-Handlung und Reparatur-Werkstatt,
Matthiasstr. 28. 5352

Stadt-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die Hochzeit des Figaro“ 5145
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Martha“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die Fiebermaus“
Abend 7 1/2 Uhr:
Wagner-Opus.
1. Vorstellung:
„Der liegende Holländer“.

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter“ 5151
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Fiat Justitia“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die verfunzene Glocke.“
Abend 7 1/2 Uhr:
„Fiat Justitia“.

Thalia-Theater

Freitag: Gruppe K. 6. Vorstellung:
„Goldfische“
Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Das Glück im Winkel“.
Mittwoch Freitag und Sonnabend
von 10-2 Uhr, im Stadt- und Thalia-
Theater.
Dienstag, Anfang 8 Uhr:
Sondervorstellung für die vereinigten
Handlungsgehilfen-Verbände: 5157
„Die Schule der Welt“.

Schauspielhaus.

Freitag, 8 Uhr:
„Eva“
Sonnabend, 8 Uhr:
„Die schöne Wifette“.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die moderne Eva.“
Abend 8 Uhr: 5163
„Eva“.

Liebich's Etablissement

Neues Programm!!
● Hartstein ●
Merians Hunde-Theater
Lebend. Marmor, Louise Schaffer
etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr. 5163

Viktoria-Theater

Ensemble Gastspiel
Königl. Beisehere Dresden
mit der aktuellen Revue:
„So leben wir!“
Anfang 8 Uhr. 5139

 **Palmengarten**

Riesen Pracht-Dekoration
Orangen-Fest
in Messina.

2 neue Kapellen.
Entrée frei.

Hut-Hanke

Inh.: Joh. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 29.

Hüte, nur gute, reelle
Qualitäten,
für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigsten Preisen.
Reparatur sämtl. Hutpreparaturen.

Gänsefedern

(Ebenbürtiger Bauernschleiss) eingetroffen,
Verkaufsstelle (für Baden) Friedrich-
Wilhelmstr. 45, I. St. (Hühner 68). 2193

Blaue Arbeits-Anzüge

Seit ich hier über gute
u. gute, ganz weisse
Anzüge zu bekommen.
Cost. I 2.50 (Häcker)
II 4.50 (Häcker)
III 5.50 (Häcker)
IV 4.50, Pa. Käper
V 7.- Pa.
VI 2.50 (Häcker)

Seit ich hier die besten
Anzüge zu bekommen.
Nicht zu vergleichen mit
anderen, sondern
eigentlich die besten.
Eigentlich die besten.

Gustav Kauerhase
Breslau, Gartenstr. 26.
Ecke Höfenstrasse,
geradeüber der Markthalle.
Telegr.-Adr.: „Glückselken“.

Panther- u. Corona-

Dakota- u. Schwedische-Fahrräder
Fahrrad-Ersatzteile, Reparaturen aller Art.
Grosses Lager von Mädeln.

Breslauer Fahrrad-Haus

Georg Hahn 5361
Friedrich-Wilhelmstrasse 70.

Ich wohne jetzt:
Hohenzollernstr. 45, I.
(Gabel-Apotheke) 5232

Dr. med. Joseph Kaliski

prakt. Arzt
Spezialarzt für Kinder-Krankheiten.

Pfänder-Auktion

den 25. April, Sobote, 39, Langner.

Lebensversicherungs-Verein

Wolfgang
E. Fahrman, Schmiedebrücke 28, I. 5167

1 gebr. Singermaschine

für 24 Mk. bei Rosenfeld, Neumarkt I. 5181

Haynau.

Mein Barbiergeschäft befindet
sich vom 1. April bis 1. Okt. 1912
am Ring 62
neben d. sächs. Seiwandgeschäft.
Bruno Tasche,
Barbier und Friseur.

Uhrketten

Alter
Kupferschmiede-Str. 17
Ecke Schmiedebrücke. 5310

Zähne

ohne
Kosten 1,80
Kronen von 1,00 an,
Zahnziehen mit örtl. Betäub.
Bequeme Zahlungsweise.
Neben u. 8 1/2-9 1/2 Sprecht.
Stephan & Reiprich
Ohlauer Straße 50. 4092

Filz-, Strohhüte und Mützen

für Herren und Knaben.
Neuere Modelle, außergewöhnlich
billig, nur Friedrich-Wilhelmstrasse 9
bei F. Paul, Ecke Wackerplaz. 5345

Anzüge

Spottbillig 4517
Lohestr. 39, Leinamt.

Großes Lager moderner Herren- Garderobe

Mahnerfertigung in
gediegenen Stoffen und
hiesig. Fassens
bei bequemster
wöchentl. 14 tägiger,
monatlicher etc.
Teilzahlung
bei
H. Koch,
Glosterstr. 14. 5309

Ziehung 23. u. 24. April
Südpolar-
Geld-Lose
à 3 Mk., Porto u. Liste 30 Pf.
Nur bare Geldgewinne.
Hauptgewinne Mark:
60,000
40,000
20,000
10,000
5,000 5358

Ziehung 27. 29. 30. April
Straßburger
Geld-Lose
à 3 Mk., Porto u. Liste 30 Pf.
Nur bare Geldgewinne.
Hauptgewinne Mark:
75,000
30,000
20,000
10,000

Adolf Nelken,

Breslau, Gartenstr. 26.
Ecke Höfenstrasse,
geradeüber der Markthalle.
Telegr.-Adr.: „Glückselken“.

★ 3 neue Sterne ★
★ am Non-Himmel ★
Klingenberg's

Goldcreme - Bonbons } 1/4 Pf.
Milchcreme - Bonbons }
Fruchtcreme - Bonbons } 20 Pf.

Vorzügliche Qualitäten Starke Füllungen
mit
**Schokoladen-Creme, Milch-Creme
und Fruchtmark**
passend für jeden Geschmack.
Für Reise, Theater usw. empfehlenswert.

Damit sich jeder von der Preiswürdigkeit und hervor-
ragenden Qualität überzeugen kann, haben wir den
Einführungspreis auf

➔ 20 Pf. pro 1/4 Pf. ➔
festgesetzt.

W. G. Klingenberg & Co

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Filialen in allen größeren Städten
der Provinzen Schlesien und Posen.

Verkaufsstellen in Breslau:

Schmiedebrücke 53.	Mikolajstraße 40.
Ritterplatz 6.	Gräblichenerstraße 35.
Katharinenstraße 18.	Friedrich-Wilhelmstraße 74.
Klosterstraße 19.	Schlesenstr. (Lohes-Friedrichstr. 19).

Am Rathaus 6. 5315

Falsches Geld

ausgehen bedeutet es unbedingt,
wenn Sie für Herrenkleidung zu hohe
Preise zahlen. Als günstige Kauf-
gelegenheit empfehlen wir wenig ge-
tragene Mass-Garderoben, auch ver-
liebene Abonnementssachen.

In dieser Nacht

kommen Sie deshalb zum Entschluss,
unsere

Anzüge, Paletots

für 8.— 10.— 12.—
16.— 20.— 22.—
usw. zu besichtigen.

Getragene oder verliehene Gehrock,
Smoking, Frack-Anzüge für 20.—
22.— 26.— 30.— usw.
Gesellschafts-Anzüge für 5.— Mk.
teilweise. 5306

Herren-Moden G. m. b. H.

Ohlauerstr. 83

an der Schuhbrücke.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von

Schuhwaren

in 4635

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln

zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann,

Geschäfts-
führerin.
Auguste Koch.
86 Jährtnigerstraße 86
Bitte genau auf Firma zu achten.

39 **Uhren, Ketten, Ringe,** 39
Broschen, Ohrringe etc. 3058
nur ganz Fabrikat zu billigen Preisen.
Bitte auf alte Firma

Max Frenzel, 39

Friedrich-
Wilhelmstr. 39
zu achten. 39

2. Beilage zu Nr. 92 der „Volkswacht“.

Connabend, den 20. April 1912.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung, Donnerstag, den 18. April, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück, Dr. Bischoff.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die nationalliberale Interpellation betr. den

Vollzug des Jesuitengesetzes.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt auf Anfrage des Präsidenten, der Reichskanzler sei bereit, die Interpellation zu beantworten, über den Zeitpunkt werde er sich mit dem Präsidenten verständigen.

Dem Antrage der Wahlprüfungskommission entsprechend wird beschlossen, über die Vorgänge bei der Wahl des Abg. Dr. Becker-Possen (nall.) Beweis zu erheben.

Der freisinnige Antrag, ein gegen den Abg. Bruckhoff (Wpt.) schwebendes Strafverfahren für die Dauer der Session einzustellen, wird debattelos angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des

Staats des Reichsjustizministers

fortgesetzt.

Abg. Dr. Becker (Wpt.): Es ist bedauerlich, daß mit der Verögerung der Reform die eine Reform des Strafvollzugs und des Militärstrafgesetzbuches eintreten würde. Der freisinnige Antrag, ein gegen den Abg. Bruckhoff (Wpt.) schwebendes Strafverfahren für die Dauer der Session einzustellen, wird debattelos angenommen.

Laien in der Berufungsinstanz

auf keinen Fall verzichtet werden. Auch die Zivilprozessordnung wird ja reformiert werden, freilich nicht allzu bald; auch hierbei sollte man an die Mitwirkung von Laien denken, sie hat sich ja bei den Kaufmanns- und Gewerbergerichten vorzüglich bewährt. Wünschenswert wäre es, eine Statistik der öffentlichen Klagen, vielleicht alle zwei Jahre, zu veröffentlichen; dadurch würde dem

Mißtrauen gegen die Staatsanwaltschaft

begegnet werden können. Die Strafen im Strafgesetzbuch sind in der Tat teilweise zu hart. (Hört, hört!) bei den Sozial. Die Regierung, die während des Streiks im Ruhrrevier herrschte, sollte als Strafmittel, nicht als Strafmittel angesehen werden. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Die Unterbringung von Ärzten in eine Anstalt, sollte nicht Sache der Polizei sein, sondern nur auf richterliche Anordnung erfolgen dürfen. Dunkle Stellen gibt es freilich in unserer Justiz, aber so trübe, wie der Abg. Stadthagen, brauchen wir nicht zu sein, wir haben zwei leuchtende Stellen, die Unbestechlichkeit unserer Richter und die Gediegenheit unserer Rechtswissenschaft. (Bravo im Verein.)

Abg. Dr. van Calker (nall.): In der Strafprozessordnung müssen auf jeden Fall einzelne Neuerungen erfolgen, vor allem eine Reform des Jugendrechts. Wie steht es ferner mit dem Gesetz betreffend die Konkurrenzklause? Sehr erwünscht wäre es, wenn die juristische Vorbildung durch Reichsgesetz geregelt würde. Von einer Klassenjustiz kann keine Rede sein. (Lachen bei den Sozial.) Eine berufliche Rechtsbeugung habe ich noch niemals gesehen. (Bravo! bei den Nall.) Die Leistungen der Juristen sind nicht zurückgegangen, wohl aber die Anforderungen gestiegen. Es ist zugegeben, daß die Professoren, die vor allem wissenschaftlich tätig sind, sich als Dozenten nicht genügend Mühe geben; auf die Lehungen muß mehr Wert gelegt werden. Der junge Jurist sollte im ersten Semester nur eine Vorlesung über Einführung in die Rechtswissenschaft hören. Er bringt ja von der Schule gar keine Kenntnis vom Staatsleben mit; sein Lehrer hat meist auch keine Ahnung davon. (Lebh. Sehr richtig! und Beifall.)

Bei der Reform der Strafprozessordnung wünschen wir ein Jugendgesetz. Da habe ich den besonderen Wunsch, Frauen als Schöffen hinzuzufügen. In der Gerichtsverfassung wünsche ich Laien ohne Rücksicht auf Religion und politische Überzeugung zuzuziehen. Dazu ist es nötig, Gebühren für Schöffen und Geschworene festzusetzen.

Schleunige Justiz

Ist in jedem Falle gut, im Strafgesetzbuch ist sie jetzt durchgeföhrt worden. (Zuruf bei den Sozial.) Das war überhaupt keine Justiz. Ich glaube nicht, daß von deutschen Richtern Klassenjustiz geübt wird. (Lebharter Widerspruch bei den Sozial.) So lange wir die grundlegende Reform nicht bekommen, bleiben dem Staatssekretär nur persönliche Anstrengungen. Wir wollen nicht Fiat justitia, perit mandus (Gerechtigkeit muß geübt werden, wenn auch die Welt darüber zugrunde geht), sondern: Fiat justitia, ne perat mundus (Gerechtigkeit muß geübt werden, damit die Welt nicht zugrunde geht). (Bravo! bei den Nall.)

Abg. Dove (Wp.): Nach dieser Generaldebatte eines deutschen Professors (Güter) einige Worte vom Standpunkt eines alten deutschen Richters. Auch ich habe früher das Bestehen einer Klassenjustiz bestritten, weil ich meinte, Abg. Stadthagen gebe von der Voraussetzung einer beruflichen Rechtsbeugung aus, er sagt aber vielmehr, der Richter sei das Produkt der kapitalistischen Ordnung. Tatsächlich bestehen

Gefahren für eine tendenziöse Rechtsprechung.

Diese Gefahren bestehen in den Massenbewegungen und Massensuggestionen, würden also durch das Laienelement nicht gemildert. Ich treffe mich mit Stadthagen in dem, was er über die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Richter sagte. Wenn aber die Richter vom Volke gewählt werden, so werden sie erst recht von politischen Strömungen abhängig. (Zustimmung.) Einverstanden bin ich auch mit Stadthagen über das Verhältnis von Reichs- und Landesrecht. Kein Einzelstaat kann berechtigt sein, die Entziehung der persönlichen Freiheit und den Arbeitszwang ohne richterliches Urteil zu verhängen. Der Staatssekretär sollte daher prüfen, ob der preussische Befehlsmiß über diese Materie zulässig ist. Wir machen zu viel Gesetze. (Sehr richtig! rechts.) Wir alle sollten dafür sorgen, daß uns der Ruhm einer objektiven Rechtsprechung erhalten bleibt. (Bravo! b. d. Volksp.)

Staatssekretär Dr. Bischoff: Wir müssen erst Erfahrungen sammeln, ehe an eine neue Reform der Zivilprozessordnung zu denken ist. Ebenso steht es mit einer Revision der Konkurrenzordnung. Ein Entwurf über die Konkurrenzklause und ein solcher über die Hauptpflicht der Eisenbahnen für Sachschäden wird hoffentlich in der nächsten Session vorgelegt werden können.

Ein Entwurf über Justizschiffahrt

ist in Bearbeitung. Das Resultat der im Juli stattfindenden zweiten Konferenz zur Regelung des internationalen Wechselrechts wird später mitgeteilt werden. Zur Verbesserung der Heberzeugung des inländischen Seerechts mit dem internationalen wird Ihnen wohl noch in dieser Session eine Vorlesung zugehen. Bezugs der Rechtsanwaltsgebühren sind Erhebungen in Vorbereitung. Eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwaltschaft könnte nur erfolgen, wenn nachgewiesen, daß ei

vollbeschäftigter Anwalt nicht seinen standesgemäßen Unterhalt haben kann. Der Mißstand liegt aber nicht in der Höhe der Gebühren, sondern in der Ueberschneidung der Anwälte. Erwägungen über die Erhöhung der Gebühren der Zeugen und Sachverständigen schweben noch. Ueber die Ausbildung der Juristen kann ich mich hier nicht äußern, da diese nicht in das Reichsjustizamt, sondern in die preussische Verwaltung gehört. Noch weniger steht die Fortbildung der Beamten in meiner Befugnis. Die erste Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch wird wohl Ende dieses Jahres, die zweite im Laufe des nächsten Jahres beendet sein. Die Vorlesung wird kaum vor 1917 an den Reichstag erfolgen können, also nach den nächsten Wahlen. (Hört, hört!) Wenn über gewisse Punkte der Strafgesetznovelle eine Einigung in diesem Hause erfolgt, so werde ich das nur begrüßen.

Einzelne Urteile sind hier kritisiert worden.

Zu dem Falle des Diebstahls

sind die betreffenden Leute wiederholt gewarnt worden. Im Falle des Arbeiters Herrmann ist die Staatsanwaltschaft nicht erst auf Drängen der Verteidigung vorgegangen. In diesem Falle ist alles geschieden, um zu ermitteln, von wem Herrmann den fälschlichen Schlag erhalten hat. Die Ermittlungen haben sofort nach dem Schlag begonnen. Der Leichnam ist obduziert, die in Betracht kommenden Personen sind vernommen worden. Die Ermittlungen sind aber ohne jedes Ergebnis geblieben. Im Januar 1911, unmittelbar nach dem großen Arbeiter-Prozess, sind dann auf Grund einiger Zeugen Aussagen neue Ermittlungen angefaßt worden. Es sind 27 Zivilbeamten und 20 Beamte vernommen worden, über 200 Beamte sind Revisionen vor Gericht gestellt worden. Natürlich ist Leichnam zu bedauern, daß es auch nicht gelungen ist, die Täter zu stellen. Aber das liegt daran, wie in vielen anderen Fällen, wo aus einer Masse heraus Steine geworfen werden, wodurch Beamte getötet werden. Die Verhaftung des Gewerkschaftsleiters Schabel in dem Arbeiter-Prozess hat natürlich mit seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsleiter nichts zu tun. Es hat sich um ein durch geläufiger Verdacht nachher als unbegründet erwiesen.

Ueber die Prozesse im Ruhrrevier

hat der Abgeordnete Stadthagen ganz ungebührliche Behauptungen aufgestellt. Es sollen dort Ausnahmeverhältnisse eingetreten sein; aber wie liegt die Sache? Leider sind auch bei diesem Streit eine Menge strafbarer Handlungen begangen worden, die nach dem Gesetz verurteilt werden mußten. Es gab also wirklich eine große Masse Klagen mehr, die erledigt werden mußten. Hierzu mußten also Richter eingesetzt werden, das heißt man mußte die neuen Richter bestellen, erst ganz neue Kammer bilden und die Geschäfte anders verteilen. Das nennt man doch nicht Ausnahmeverhältnisse, das weiß Herr Stadthagen als Jurist ganz genau. (Zuruf bei den Sozial.) Welche Sachen bei den einzelnen Kammer abgeteilt werden, ist Präsidialsache. — Dann sollen

unzureichend verhaftete Personen

erfolgt sein. Ein Beweis dafür ist aber nicht erbracht worden. Daß nach dem Gesetz zwischen Zeugen und Hauptverhandlung eine Frist von einer Woche liegen muß, ist richtig. Aber es heißt weiter im Gesetz, daß der Ankläger die Festsetzung der Verhandlung verlangen kann, wenn diese Frist nicht eingehalten wird. Also diese Möglichkeit ist ausdrücklich vorgesehen. Im Übrigen sind alle Kommentatoren der Ansicht, daß ein Verzicht des Angeklagten auf Einhaltung dieser Frist zulässig ist, ebenso wie ein Verzicht auf Einlegung der Rechtsmittel.

Man zur Strafprozessordnung stellt. Sie ist im wesentlichen davon geteilt, daß die Parteien sich über einige wesentliche Fragen nicht einig kommen. Jetzt aber ist der Einwand berechtigt, daß zunächst das Strafgesetzbuch kommen muß. Die Abg. Stadthagen und Dove haben harn der Meinung Ausdruck gegeben, daß das preussische Gesetz gegen Verhaftung gegen das Reichsrecht verstoße. Wenn auch der Arbeitsschutz als Strafe der Landesgesetzgebung anzusehen ist, so können doch die Einzelstaaten Strafmaßnahmen zur Befreiung der Verhafteten gegen Unterhaltungsbeiträge erlassen. Nur das geschieht im preussischen Gesetz, und es ist nichts darin enthalten, was nicht auch in den Gesetzen anderer Bundesstaaten steht.

Abg. Solische (kon.): Die Reform der Strafprozessordnung im ganzen erscheint mir ausstehend. Auch wäre es falsch, sie bis zur Einleitung der Strafprozessreform, also auf zehn Jahre rücken zu lassen. Man sollte vielmehr wichtige Punkte durch einzelne Novellen realisieren. Die Zusammenstöße zwischen Rechtsanwältin und Gerichtsvorstand von denen man in der letzten Zeit häufiger hört, und die nicht selten der Klamernecht einzelner Rechtsanwältin entgegen, schädigen das Ansehen der Justiz. Der Staatssekretär sollte hier Überlegungen anstellen. Ferner sollte er erwägen, ob die Strafbestimmungen gegen Spione nicht zu verharren sind. Der Abg. Stadthagen hat gestern Angriffe von unerhörter Schärfe gegen unieren Richterstand gerichtet. Den Vorwurf der Laiejustiz will ich entschieden zurückweisen. Unsere Richter gehen aus dem Mittelstande hervor und haben mit dem Volke zusammen; wir haben alles Vertrauen zur Rechtsprechung (Zuruf b. d. Sozial.) das glauben wir) und ihren Ansprüchen wird es nicht gelingen, das Vertrauen der Bevölkerung zu den deutschen Richtern zu untergraben. (Lebh. Bravo!)

Abg. Dr. v. Levetzki (Wp.) begründet die von den Polen eingebrachte Resolution, welche Lagergelder für Schöffen und Geschworene verlangt und beivwert sich über ungerechte Vorgehen gegen polnische Redakteure. Die Verwaltungsbehörden juchten die Gewichte zu beeinflussen. Zu Schöffen und Geschworenen wurden in den polnischen Provinzen nur sehr selten Polen ernannt.

Abg. Merin (Wpt.): Wenn es nach Herrn Stadthagen ginge, wäre ich nicht hier, denn er würde, daß alle Leute, die bereit wären, sich an einem Duell zu beteiligen, nicht fähig wären, Beamte zu sein oder als Abgeordnete gewählt zu werden. Diese Ausführungen des Herrn Stadthagen beweisen, wie maßlos übertrieben seine Ausführungen im allgemeinen waren. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der vollen Heberzeugung, daß unsere Richter ausschließlich nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Es kommen natürlich auch Fehlurteile vor, denn die Berufung ist und wie die Laien Menschen. Herr Stadthagen läßt über die schnelle Justiz im Ruhrrevier. Somit haben wir eine schnelle Justiz immer gefordert. (Abg. Stadthagen: Allgemein!) Der Bericht über die gesetzlichen Fristen lag im Interesse der Angeklagten selbst. (Sehr richtig! rechts.) Eine vorläufige Verhängung der Unternehmungshaft wünschen auch meine Freunde. Auf die Teilnahme der Laien auf Rechtsprechung legen wir großes Gewicht und sind auch für Lagergelder für Schöffen und Geschworene. Die früher von uns verlangte Befreiung der Ordnungsträger für Rechtsanwältin werden wir nach den Erwägungen der letzten Prozesse wohl fallen lassen. Ganz besonders schädlich sind die Auswüchse der Preberichterstattung über Gerichtsverhandlungen. Es handelt sich doch um erste Dinge und nicht um Sensationsstücke. Alle Faktoren sollten dazu beitragen, die Würde der Rechtsprechung zu wahren. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Dreiklassenhaus debattierte am Donnerstag in einer Sitzung über die Befreiung der preussischen Eisenbahnen. Dabei wurde auch von dem nationalliberalen Abg. Dr. Schröder-Cassel an den Minister die Frage gerichtet, wie er sich zu einem Inverbindung-Treten der Arbeiter-Gewerkschaften stelle. Der Minister antwortete, daß er eine solche Verbindung nicht gestalten werde und dabei verriet er auch den Zweck der Arbeiterauschüsse, die man als höchst bescheidenen sozialpolitischen Einrichtungen hinzustellen beliebt hat. Herr von Breitenbach erklärte nämlich, daß die Arbeiterauschüsse nur dazu da seien, die Wünsche der Arbeiter an die richtige Stelle zu befördern, keine Rede also von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an die Arbeitsbedingungen, keine Spur selbst auch nur von einer der letzten Stimme der Arbeiterauschüsse — sie sind nichts weiter als hölzerne Weaiver für die Arbeiter oder als bloße Anlaufstellen für Bittgesuche. Wenn der Minister auch sonst sämtlichen Beamten und Arbeiterkolonnen seines Wohlwollens ausserordentlich versichert, was allerdings nicht hindern kann, daß alljährlich in der Eisenbahndebatte eine erdrüberde Fülle von Klagen und Beschwerden heraufbeschworen, so bereist das nur die gänzlich patriarchalische Auffassung des Ministers von dem Verhältnis zwischen dem Unternehmer und den zu Staatsbürgern mündigen Rechts befürderten Eisenbahnern. Ein weiterer Beleg für diese Auffassung, die im Arbeitsverhältnis den Absolutismus des Unternehmers zum obersten Prinzip macht, war auch die Erklärung des Ministers, daß er nicht einmal daran denke, den Beamten auch nur derartige Ausblicke zu gewähren, wie man sie für die Arbeiter einzurichten hat.

Als erster Redner in der Fortsetzung dieser Debatte am Freitag wird Genosse Siebel auftreten.

Zum Untergang der „Titanic“.

Der Dampfer „Titanic“ ist in Halifax angelangt und verläßt zur Zeit der Katastrophe das dortige Weiten südlich von deren Schauplatz befinden. Die Nacht sei vollständig klar gewesen. Der New-Yorker „American“ signalisiert die Rettungsboote und fragt, wie es komme, daß so viele Menschen in den Rettungsbooten unterliefen sind, während nach Frauen und Kinder an Bord waren. Er findet es sehr seltsam und wunderbar, daß der Großaktionär und Direktor der White Star Line, Jsmay, sich retten konnte. Direktor Jsmay von der White Star Line, dessen Name als einer der Erstgeretteten genannt wurde, wird von Amerika aus verdächtigt, Kapitän Smith zur Aufblähung aller Kräfte angepornt zu haben, um einen Rekord aufzustellen. Beide haben sie

mit Menschenleben gespielt,

sagt ein New-Yorker Blatt.

Die Erbitterung der Bevölkerung gegen die White Star Line ist im Wachsen begriffen, da sich nach dem bereits vorliegenden Meldungen und den im Umlauf befindlichen Gerüchten unter der Bevölkerung die Meinung gebildet hat, daß die Katastrophe, der so viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind, entweder ganz vermieden oder doch auf einen kleineren Umfang hätte beschränkt werden können. Der Umstand, daß die beteiligte Schiffschiffahrtsgesellschaft mit dem Riesendampfer „Titanic“ einen neuen Schnellfahrtsrekord aufstellen wollte, habe den Kapitän des Schiffes veranlaßt, trotz der Warnungen vor der Eisbergzone das schnelle Tempo einzuhalten. Das Schiff soll mit Vollbampf gefahren sein, da sonst der Zusammenstoß mit dem Eisberg nicht von so ungeheuren Folgen begleitet sein können. Man weiß darauf hin, daß bei vorsichtigem Fahren die Katastrophe hätte verhindert werden können, und daß der Kapitän, besonders nach Empfang der Warnungen, aus eigener Nachvollkommenheit berechtigt gewesen wäre, den vorgeschriebenen Kurs zu ändern. Es veranlaßt auch, daß dem Kapitän Smith für ein früheres Eintreffen in New York als zur fahrplanmäßigen Zeit eine Prämie in Aussicht gestellt worden war. Alle diese Nachrichten tragen natürlich dazu bei, die bestehende Erbitterung zu erhöhen.

Wie die „World“ meldet, fand die „Carpathia“ die schwergeladenen Rettungsboote neben dem sinkenden Schiffe. Manche der Geretteten sind fast irrständig. Passagiere der „Carpathia“ räumten ihre Kabinen, damit die geretteten Frauen darin untergebracht werden könnten. Mehrere Rettungsboote wurden eine Meile von der Stelle des Unglücks gefunden.

Der Berliner Vertreter der White Star Line teilte einem Berichterstatter des „V. L.“ mit: Die Anzahl der Personen auf der „Titanic“ betrug im Moment der Absahrt nach den vorliegenden Listen 289 Passagiere erster Klasse, 258 Passagiere zweiter Klasse und 915 Passagiere dritter Klasse und 903 Mann Besatzung oder 2865 Personen im ganzen. Diese Ziffern können sich durch Neuaufnahmen während oder unmittelbar vor der Absahrt um höchstens ein Tausend in jeder Klasse vermindert haben.

Das Bureau der Amerikanischen Vermögensverwaltung soll eine Depesche erhalten haben, der zufolge Astor, Tuggenhetm, Wutt und Strass sich an Bord der „Carpathia“ befinden.

Festsetzung der Reichlichen Markt-Kollisions-Kommission.					
Breslau, den 18. April.					
Pro 100 Kilogramm					
geringerer					
Gehalt					
niedr.					
hoch.					
Beizen, weißer neu	23	21	21	20	19
Beizen, gelber neu	21	21	20	20	19
Beizen, gelber alt	18	18	18	17	16
Beizen, alt	17	17	17	16	15
Beizen, alt	16	16	16	15	14
Beizen, alt	15	15	15	14	13
Beizen, alt	14	14	14	13	12
Beizen, alt	13	13	13	12	11
Beizen, alt	12	12	12	11	10
Beizen, alt	11	11	11	10	9
Beizen, alt	10	10	10	9	8
Beizen, alt	9	9	9	8	7
Beizen, alt	8	8	8	7	6
Beizen, alt	7	7	7	6	5
Beizen, alt	6	6	6	5	4
Beizen, alt	5	5	5	4	3
Beizen, alt	4	4	4	3	2
Beizen, alt	3	3	3	2	1
Beizen, alt	2	2	2	1	0
Beizen, alt	1	1	1	0	0
Beizen, alt	0	0	0	0	0

Aus der Geschäftswelt.
Lassen Sie sich
nicht durch scheinbare Billigkeit von Nachahmungen betriegen, sondern bestellen Sie darauf, immer die **Werkstoffe** **bleich-soda** zu bekommen, dann sind Sie vor Enttäuschungen sicher. [1790]

